

# Dr. Friedmar Fischer und Werner Siepe

## Standpunkt

### Einschätzungen zum Piloturteil 6 O 145/13 des Landgerichts Karlsruhe vom Februar 2014

10.03.2014

#### Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen.....	2
Zusammenfassung.....	4
1. Analyse der Startgutschrift aus dem LG-Urteil.....	5
1.1. Welche Größen haben die VBL-Anwartschaft bestimmt .....	6
1.1.1. Schlussfolgerung von der Nährungsrente auf das gvE .....	6
1.1.2. Schlussfolgerung für den Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG.....	8
1.1.3. Einfluss des Geburtsmonats für den Formelbetrag .....	10
1.1.4. Einordnung des Klagefalles.....	11
1.1.5. Abschätzung der Punkterente (ab 2002) der Klägerin .....	14
1.1.6. Erkenntnisse aus den Grunddaten der Klägerin.....	18
1.2. Kürzung des Nettogesamtversorgung im Klagefall.....	21
1.2.1. Kürzung des Nettoversorgungssatzes im Klagefall .....	22
1.2.2. Modifikationen des Klagefalls.....	24
1.2.3. Einordnung des Klagefalles .....	28
2. Ausgewählte Anmerkungen zum LG-Urteil.....	31
2.1. Struktur des LG-Urteils .....	31
2.2. Einige Anmerkungen zum LG-Urteil .....	32
2.2.1. RdNr. 43-46: Finanzierbarkeit der Zusatzversorgung .....	32
2.2.2. RdNr. 85: Bezugnahme auf Artikel von S. Hebler und H. Hügelschäffer .....	35
2.2.3. RdNr. 87-88: Bezugnahme auf ein Berliner Landgerichtsurteil.....	36
Anlage 1: Exkurs zu Mindestrente, Formelbetrag, Mindeststartgutschrift .....	40
Anlage 2: Unverfallbarkeitsfaktor auch im öffentlichen Dienst? .....	43
Anlage 3: Kürzung der Nettoversorgung bei Nichtkürzung der Nährungsrente? .....	46
Anlage 4: Negative Voll-Leistungen bei rentenfernen Alleinstehenden.....	49
Anlage 5: Nachrechnung des Klagefalles (genähert) .....	52

## Vorbemerkungen

Die Berechnung der Rentenanwartschaften zum 31.12.2001 (Startgutschriften) für rentenferne Pflichtversicherte (ab Jahrgang 1947) bleibt auch nach über zehn Jahren heftig umstritten. Ein Ende des Streits um die „richtige“, d.h. systematisch saubere, transparente, gerechte und rechtssichere Berechnung ist auch nach der Neuregelung der sog. rentenfernen Startgutschriften am 30.5.2011 nicht in Sicht.

Die Startgutschriften für **rentenferne Pflichtversicherte** (ab Jahrgang 1947) sind laut BGH-Urteil vom 14.11.2007 (Az. IV ZR 74/06) unverbindlich, da sie Pflichtversicherte mit längeren Ausbildungszeiten überproportional benachteiligen. Gleiches gilt nach dem BGH-Urteil vom 29.9.2010 (Az. IV ZR 99/09) auch für **beitragsfrei Versicherte** mit längeren Ausbildungszeiten.

Nach der am 30.5.2011 durch die Tarifparteien vereinbarten **Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a ATV** setzt ein Zuschlag auf die bisherige Startgutschrift voraus, dass der Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 Abs. 1 BetrAVG um mehr als 7,5 Prozentpunkte vom bisherigen Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 BetrAVG abweicht.

Von der Neuregelung sind rund 4,2 Mio. rentenferne Pflichtversicherte und über 4 Mio. beitragsfrei Versicherte betroffen, also insgesamt 8,2 Millionen Versicherte. Davon wird schätzungsweise höchstens eine Million von Versicherten tatsächlich einen Zuschlag erhalten.

Erste Landgerichtsurteile, die Klagen gegen die **Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a ATV betreffen**, liegen vor.

Das Landgericht Berlin hat in zwei Kammer-Entscheidungen Urteile gefällt (Az.: 23 O 144/13 vom 22.01.2014 und Az. 7 O 149/13 vom 11.02.2014).

Das Landgericht Karlsruhe hat am 28.02.2014 eine erste Entscheidung (Az.: 6 O 145/13) getroffen.

Bemerkenswert ist bei den zitierten Urteilen:

- Die jeweiligen Klageanträge sind so gut wie identisch.
- Das Landgericht Berlin hält die Klagen für zulässig und begründet.
- Das Landgericht Karlsruhe hält die Klage für nicht begründet.

Der vorliegende Standpunkt unternimmt den Versuch, das Karlsruher Landgerichtsurteil aus sachlogischer Sicht einzuschätzen und zu bewerten.

Aus dem Karlsruher Urteil ist nur bekannt, dass die Klägerin im Jahre 1953 geboren ist, dass sie im Jahre 1992 in die Zusatzversorgungskasse eingetreten ist, beim VBL-Eintritt bereits 38 Jahre alt war, eine Startgutschrift von 129,60 € erhielt und für sie eine fiktive gesetzliche Näherungsrente von 1.551,46 € ermittelt wurde.

In Kapitel 1.1 wird beschrieben, welche Größen die alte VBL-Anwartschaft bestimmt haben und ob die Klägerin nach der Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a ATV überhaupt einen Zuschlag erhalten konnte.

In Kapitel 1.2 wird dargelegt, dass die Klägerin bereits von einer Kürzung des Nettoversorgungssatzes betroffen ist, die sich im konkreten Klagefall aber nicht auswirkt, da die bestimmende Größe für ihre alte und neue Startgutschriftermittlung nicht der Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG, sondern nur die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG ist.

Durch Variationen des Klagefalls bezüglich des Eintrittsalters, des gesamtversorgungsfähigen Entgelts und auch durch Veränderung des Geburtsjahrs kann man zeigen, dass es wegen eines systematischen Fehlers der Neuordnung der Zusatzversorgung (nämlich Kürzung der Nettogesamtversorgung ohne entsprechende Kürzung der fiktiven gesetzlichen Näherungsrente) sogar zu negativen Voll-Leistungen kommen kann, die nur durch den Bestandschutz der alten Startgutschrift abgefangen werden.

In Kapitel 2 werden zu ausgewählten Randnummern des Karlsruher Landgerichtsurteils Anmerkungen gemacht.

Die Autoren haben den Klagefall fallkonkret analysiert und danach jeweils in einen größeren systematischen Sachzusammenhang eingeordnet. Damit wird dem gängigen Standardeinwand entgegnet, aus einem Einzelfall könne man nicht auf andere rentenferne Betroffene schließen bzw. umgekehrt, man könne aus einer abstrakten systematischen Darlegung keine konkret fallbezogenen Schlussfolgerungen ziehen.

Das Landgericht Karlsruhe bemüht in RdNr. 87 den Begriff der **Denk**logik.

Für die Autoren ist Logik unteilbar, einzigartig und widerspruchsfrei. Es gibt keine Aufteilung der Logik für verschiedene zweckgerichtete **Denk**-Ziele. Logik ist stets mit Denken verbunden. Zielgerichtetes Denken unterliegt allerdings mancherlei Zwängen, das aber nicht in Widerspruch zu den strengen Gesetzmäßigkeiten der Logik stehen darf bzw. zu deren Nichtbeachtung führen darf.

Insoweit müssen sachlogische Feststellungen und juristische Argumente / juristische Entscheidungen stets kongruent in Bezug auf die Gesetzmäßigkeiten der Logik sein.

Wiernsheim und Erkrath, 10.03.2014 (Rev. 16.05.2014)

Dr. Friedmar Fischer

Werner Siepe

## Zusammenfassung

Die Klägerin ist zum Stichtag 31.12.2001 alleinstehend.

Die Klägerin hat zum Stichtag 31.12.2001 ein geschätztes gesamtversorgungsfähiges Entgelt von rund 4.000 €.

Alte und neue Startgutschrift der Klägerin werden allein durch die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG bestimmt und nicht durch den Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG.

Die Klägerin ist also von der juristischen Diskussion um die Vorteile/Nachteile der Anwendung des Näherungsverfahrens zur gesetzlichen Rente gar nicht betroffen.

Die Klägerin ist auch nicht betroffen von der Diskussion um die bis zum Stichtag 31.12.2001 bereits erreichten Pflichtversicherungsjahre (m) und theoretisch bis zum Rentenbeginn erreichbaren Pflichtversicherungsjahre (n) und der daraus resultierenden Vergleichsdiskussion um § 18 BetrAVG ( $m \times 2,25 \%$ ) bzw. § 2 BetrAVG ( $m/n$  bzw.  $m/n - 7,5$ ), da es im Klagefall gar nicht auf den alten bzw. neuen Formelbetrag ankommt.

Damit ist die alleinstehende rentenferne Klägerin systematisch von einem Zuschlag zu ihrer alten Startgutschrift ausgeschlossen.

Variiert man Daten des Klagefalls bezüglich des Eintrittsalters in die Zusatzversorgung, des gesamtversorgungsfähigen Entgelts und des Geburtsjahrgangs, kann man zeigen, dass sich aufgrund der Kürzung des Nettoversorgungssatzes bei gleichzeitiger Nichtkürzung der fiktiven gesetzlichen Näherungsrente negative Voll-Leistungen einstellen können. Die Auswirkungen negativer Voll-Leistungen werden nur abgefangen durch die alte Startgutschrift als sogenannter „Bestandschutz“.

# 1. Analyse der Startgutschrift aus dem LG-Urteil

Die im Urteil angegebenen Daten des Klagefalls LG KA 6 O 145/13 sind:

Weibliche Klägerin, geboren am	XX.XX 1953
Familienstand am 31.12.2001:	??
Eintritt in die Zusatzversorgungskasse VBL:	XX.XX 1992
Eintrittsalter in die VBL:	38 Jahre
<b>(vom Gericht angegeben!)</b>	
Gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE):	??
Fiktives Nettoentgelt (Steuerklasse I):	??
Fiktive gesetzliche Rente:	<b>1.551,46 €</b>
<b>(vom Gericht angegeben!)</b>	
<b>Startgutschrift (alt):</b>	<b>129,60 €</b>
<b>(vom Gericht angegeben!)</b>	

Diese Übersicht hat mehrere unbekannte Größen:

- Genaues Geburtsdatum aus 1953
- Familienstand am 31.12.2001
- Genaues Eintrittsdatum in die Zusatzversorgungskasse VBL
- Gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE)

Man macht eine **Annahme**, dass die Klägerin z.B. in der Mitte des Jahres 1992 (**01.07.1992**) in die Zusatzversorgungskasse eingetreten ist.

Daraus lässt sich erschließen:

- bis zum 31.12.2001 bereits erreichte VBL – Pflichtversicherungsjahre (**m**):  
**9-10 Jahre**  
**Annahme:** Eintritt in VBL: 01.07.1992, dann würde folgen: **m = 9,5 Jahre**
- bis zum Renteneintritt (65+0 LJ) theoretisch erreichbare VBL  
Pflichtversicherungsjahre (**n**): **25,5 - 27 Jahre**, je nach Geburtsmonat

Aus der konkreten realen Angabe zur fiktiven gesetzlichen Rente im Näherungsverfahren (**1.551,46 €**) lassen sich drei Schlussfolgerungen ziehen

- das gvE ist einzugrenzen zwischen 3.900 € und 4.100 €
- der Familienstand ist **alleinstehend**
- die alte Startgutschrift wird bestimmt durch die **Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG

Das wird beschrieben in Kapitel 1.1.

## 1.1. Welche Größen haben die VBL-Anwartschaft bestimmt

### 1.1.1. Schlussfolgerung von der Nährungsrente auf das gvE

Schlussfolgerungen aus den Angaben des Gerichts:

- Bei einer fiktiven gesetzlichen Rente von **1.551,46 €** liegt das gesamtversorgungsfähige Entgelt (gvE) zwischen 3.900 € und 4.000 €.

Ermittlung Quotient von Nährungsrente zu gvE(800€ - 7000€)											
gvE	BBG	gvE/BBG	Differenz	Redfak	ST	BEZ	ZF	KF	NR	NR/BEZ	
lfd. Nr. 1	lfd. Nr. 2	lfd. Nr. 3	lfd. Nr. 6	lfd. Nr. 7	lfd. Nr. 8	lfd. Nr. 12	lfd. Nr. 13	lfd. Nr. 14	lfd. Nr. 15		
800	4448,24	17,98	0,00	0,00	1,09	800	1	0,9086	356,53	0,445663	
900	4448,24	20,23	0,00	0,00	1,09	900	1	0,9086	401,10	0,445667	
1000	4448,24	22,48	0,00	0,00	1,09	1000	1	0,9086	445,67	0,445670	
1100	4448,24	24,73	0,00	0,00	1,09	1100	1	0,9086	490,24	0,445673	
1200	4448,24	26,98	0,00	0,00	1,09	1200	1	0,9086	534,80	0,445667	
1300	4448,24	29,23	0,00	0,00	1,09	1300	1	0,9086	579,37	0,445669	
1400	4448,24	31,47	0,00	0,00	1,09	1400	1	0,9086	623,94	0,445671	
1500	4448,24	33,72	0,00	0,00	1,09	1500	1	0,9086	668,50	0,445667	
1600	4448,24	35,97	0,00	0,00	1,09	1600	1	0,9086	713,07	0,445669	
1700	4448,24	38,22	0,00	0,00	1,09	1700	1	0,9086	757,64	0,445671	
1800	4448,24	40,47	0,00	0,00	1,09	1800	1	0,9086	802,20	0,445667	
1900	4448,24	42,71	0,00	0,00	1,09	1900	1	0,9086	846,77	0,445668	
2000	4448,24	44,96	0,00	0,00	1,09	2000	1	0,9086	891,34	0,445670	
2100	4448,24	47,21	0,00	0,00	1,09	2100	1	0,9086	935,90	0,445667	
2200	4448,24	49,46	0,00	0,00	1,09	2200	1	0,9086	980,47	0,445668	
2300	4448,24	51,71	0,00	0,00	1,09	2300	1	0,9086	1025,04	0,445670	
2400	4448,24	53,95	0,00	0,00	1,09	2400	1	0,9086	1069,60	0,445667	
2500	4448,24	56,20	0,00	0,00	1,09	2500	1	0,9086	1114,17	0,445668	
2600	4448,24	58,45	0,00	0,00	1,09	2600	1	0,9086	1158,74	0,445669	
2700	4448,24	60,70	0,00	0,00	1,09	2700	1	0,9086	1203,30	0,445667	
2800	4448,24	62,95	0,00	0,00	1,09	2800	1	0,9086	1247,87	0,445668	
2900	4448,24	65,19	0,00	0,00	1,09	2900	1	0,9086	1292,44	0,445669	
3000	4448,24	67,44	0,00	0,00	1,09	3000	1	0,9086	1337,00	0,445667	
3100	4448,24	69,69	0,00	0,00	1,09	3100	1	0,9086	1381,57	0,445668	
3200	4448,24	71,94	2,00	0,01	1,08	3200	1	0,9086	1407,82	0,439944	
3300	4448,24	74,19	5,00	0,04	1,06	3300	1	0,9086	1423,48	0,431358	
3400	4448,24	76,43	7,00	0,05	1,04	3400	1	0,9086	1447,15	0,425632	
3500	4448,24	78,68	9,00	0,06	1,03	3500	1	0,9086	1469,68	0,419909	
3600	4448,24	80,93	11,00	0,08	1,01	3600	1	0,9086	1491,07	0,414186	
3700	4448,24	83,18	14,00	0,10	0,99	3700	1	0,9086	1500,72	0,406600	
3800	4448,24	85,43	16,00	0,11	0,98	3800	1	0,9086	1519,52	0,399874	
3900	4448,24	87,68	18,00	0,13	0,96	3900	1	0,9086	1537,19	0,394151	
4000	4448,24	89,92	20,00	0,14	0,95	4000	1	0,9086	1553,71	0,388428	
4100	4448,24	92,17	23,00	0,16	0,93	4100	1	0,9086	1557,34	0,379839	
4200	4448,24	94,42	25,00	0,18	0,92	4200	1	0,9086	1571,29	0,374117	
4300	4448,24	96,67	27,00	0,19	0,90	4300	1	0,9086	1584,09	0,368393	
4400	4448,24	98,92	29,00	0,20	0,89	4400	1	0,9086	1595,74	0,362668	
<b>4500</b>	<b>4448,24</b>	<b>100,00</b>	<b>30,00</b>	<b>0,21</b>	<b>0,88</b>	<b>4448,24</b>	<b>1</b>	<b>0,9086</b>	<b>1600,50</b>	<b>0,359805</b>	
4600	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
4700	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
4800	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
4900	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5000	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5100	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5200	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5300	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5400	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5500	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5600	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5700	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5800	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
5900	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6000	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6100	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6200	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6300	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6400	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6500	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6600	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6700	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6800	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
6900	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	
7000	4448,24	100,00	30,00	0,21	0,88	4448,24	1	0,9086	1600,50	0,359805	

Tabelle 1: Nahrungsweiser Zusammenhang von gvE und NR

**Legende:**

gvE: gesamtversorgungsfähiges Entgelt

NR: Näherungsverfahren zur Ermittlung der fiktiven gesetzlichen Rente

Die Abkürzungen in obiger Tabelle 1 beziehen sich auf die folgende technische Beschreibung des Näherungsverfahrens zur Ermittlung der fiktiven gesetzlichen Rente (Beispiel für gvE 4.000 €).

gesetzliche Rente im Näherungsverfahren								Startgutschrift rentenfern	
(gvE 4000 €)									
Fiktive Arbeitsentgelte und Versorgungssätze									
Lfd. Nr.					StKl. I	StKl. III/0			
1	maßgebliches Vollzeit gv	Bruttoarbeitsentgelt pro Monat:			4.000,00 €	4.000,00 €			
2	maßgebliches Vollzeit	Nettoarbeitsentgelt pro Monat:			2.078,63 €	2.507,95 €			
3	persönlicher Brutto-Versorgungssatz = GBQ x 75,00 % :				75,00%	75,00%			
4	persönlicher Netto-Versorgungssatz = GBQ x 91,75 % :				91,75%	91,75%			
5	fikt. Vollzeitnetto x persönlicher Nettoversorgungssatz:				1.907,14 €	2.301,04 €	<b>Nettogesamtversorgung (NGV)</b>		
6	fikt. Vollzeitbrutto x persönlicher Bruttoversorgungssatz:				3.000,00 €	3.000,00 €	<b>Bruttogesamtversorgung (BGV)</b>		
7									
8									
9	<b>Gesetzliche Rente im Näherungsverfahren</b>								
10									
11	Formel:	<b>NR = (VJ x ST x BEZ x ZF x KF)/100</b>							
12									
13	Ermittlung des Steigerungssatzes ST:	Monatsentgelt begrenzt auf 8700 DM (BBG)=					4.448,24 €	BBG	
14									
15	Verhältnis (maßgebliches Vollzeitbruttoentgelt*GBQ)/BBG	jedoch maximal 100 %:					89,92		
16	Steigerungsfaktor (bei Bezügen unter 70 % des BBG) mindestens:						1,09	1,09	
17	Falls gvE > 70 % BBG:Prozentuale Differenz zu 70 % des BBG:						20		
18	Falls gvE > 70 % BBG:Verminderungsfaktor je ein Prozent Differenz zu 70 % des BBG:						0,007	0,14	
19	verbleibt der Steigerungsfaktor:							<b>0,9500</b>	
20									
21	VJ=	Versicherungsjahre (45 Jahre für Durchschnittsrentner)						45	
22	ST=	Steigerungssatz (angepasst nach obiger Vorschrift)						0,9500	
23	BEZ=	Maßgebliche Bezüge aus Blatt "Eingabe" (lfd.Nr. 18) (ggf. begrenzt durch BBG)						4.000,00 €	
24	ZF=	Zugangsfaktor (1 bei Altersrente)						1,0	
25	KF=	Korrekturfaktor						0,9086	
26	NR=	<b>gesetzliche Rente im Näherungsverfahren</b>						<b>1.553,71 €</b>	

**Tabelle 2: Beispiel: Berechnungsschema der gesetzl. Rente im Näherungsverfahren**

Man kann also mit Hilfe von Tabelle 1 aus der Angabe der fiktiven gesetzlichen Näherungsrente approximative Rückschlüsse ziehen auf das zugrundeliegende gesamtversorgungsfähige Entgelt.

- Gemäß Tabelle 1 ergibt sich für ein gvE von 3.900 €, 4.000 € bzw. 4.100 € ein fiktives Nettoentgelt von 2.038 – 2.118 € bei StKl. I und 2.453 – 2.561 € bei StKl. III (zu ermitteln aus dem Fischer\_STG – Rechner<sup>1</sup>)
- Die Startgutschrift (alt) in Prozent und Euro pro Jahr nach der Grundformel in § 18 Abs. 2 Nr.1 BetrAVG beträgt 0,19 % bei einem gvE von 3.900 € , 0,2 % bei einem gvE von 4.000 € und 0,21 % bei einem gvE von 4.100 € (siehe Tabelle 3)

<sup>1</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/7/Fischer\\_Rechner.zip](http://www.startgutschriften-arge.de/7/Fischer_Rechner.zip)

Iterative Variationen für das gvE in € (3.900, 4.000 und 4.100) mit dem Fischer\_STG – Rechner liefern für ein gvE von **4.000 €** die geringste absolute

- Differenz zwischen errechneter und „realer“ gesetzlicher Nahrungsrente der Klägerin.
  - Absolute Differenz(bei 3.900 € gvE) =  $|1537,19 - 1551,46| = 14,17$
  - Absolute Differenz(bei 4.000 € gvE) =  $|1553,71 - 1551,46| = 2,25$
  - Absolute Differenz(bei 4.100 € gvE) =  $|1557,34 - 1551,46| = 5,88$

**D.h. das reale gesamtversorgungsfähige Entgelt der Klägerin liegt also vermutlich nahe an 4.000 €.**

Für weitere Schlussfolgerungen und spätere Modifikationen arbeiten wir der Einfachheit halber mit der runden Zahl von 4.000 € gvE. Diese Annahme schmälert dennoch nicht die Richtigkeit der dazu getroffenen Aussagen.

### **1.1.2. Schlussfolgerung für den Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG**

- Bei 9,5 Pflichtversicherungsjahren bis 31.12.2001 folgt dann für eine VBL-Anwartschaft nach Formelbetrag (siehe die folgende Tabelle 3):
  - Alleinstehend:  $7,49 \text{ €} \times 9,5 \text{ Jahre} = 71,16 \text{ €}$  bei gvE 3.900 €
  - Alleinstehend:  $7,95 \text{ €} \times 9,5 \text{ Jahre} = 75,53 \text{ €}$  bei gvE 4.000 €
  - Alleinstehend:  $8,69 \text{ €} \times 9,5 \text{ Jahre} = 82,56 \text{ €}$  bei gvE 4.100 €
  - Verheiratet:  $16,06 \text{ €} \times 9,5 \text{ Jahre} = 152,57 \text{ €}$  bei gvE 3.900 €
  - Verheiratet:  $16,82 \text{ €} \times 9,5 \text{ Jahre} = 159,79 \text{ €}$  bei gvE 4.000 €
  - Verheiratet:  $17,82 \text{ €} \times 9,5 \text{ Jahre} = 169,29 \text{ €}$  bei gvE 4.100 €

Die VBL-Anwartschaft nach Formelbetrag liegt also deutlich niedriger (71-83 €) als die Startgutschrift von 129,60 € der Klägerin, wenn man annimmt, dass sie zum Stichtag 31.12.2001 alleinstehend war.

Die VBL-Anwartschaft nach Formelbetrag liegt jedoch deutlich höher (152-169 €) als die Startgutschrift von 129,60 € der Klägerin, wenn man annimmt, dass sie zum Stichtag 31.12.2001 verheiratet war.

#### **Logische Konsequenz:**

Die Klägerin ist am 31.12.2001 alleinstehend und ihre alte Startgutschrift wurde nicht durch den Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG bestimmt. Da die Klägerin am 31.12.2001 noch nicht 20 volle Pflichtversicherungsjahre in der Zusatzversorgungskasse war, steht ihr nicht die Mindeststartgutschrift gemäß nach § 9 Abs. 3 ATV bzw. nach § 37 Abs. 3 VBLS n.F. zu. Daher muss die erteilte alte Startgutschrift bestimmt worden sein durch die Mindestrente § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG.



Startgutschrift in Prozent und € pro Jahr nach der Grundformel in § 18 Abs. 2 Nr.1 BetrAVG (Quotient aus Voll-Leistung p.a. und gesamtversorgungsfähigem Entgelt (gvE))						
gvE(€)	Voll-Leist	Voll-Leist	STG I	STG I	STG III	STG III
gvE(€)	Stkl. I	Stkl. III	(p.a.) in %	(p.a.) in €	(p.a.) in %	(p.a.) in €
4696,87	621,02 €	1.110,48 €	0,30%	13,97 €	0,53%	24,99 €
800,00	218,56 €	218,56 €	0,61%	4,92 €	0,61%	4,92 €
900,00	240,13 €	245,88 €	0,60%	5,40 €	0,61%	5,53 €
1000,00	251,81 €	273,19 €	0,57%	5,67 €	0,61%	6,15 €
1100,00	259,46 €	300,51 €	0,53%	5,84 €	0,61%	6,76 €
1200,00	265,91 €	327,83 €	0,50%	5,98 €	0,61%	7,38 €
1300,00	266,61 €	355,15 €	0,46%	6,00 €	0,61%	7,99 €
1400,00	267,18 €	382,32 €	0,43%	6,01 €	0,61%	8,60 €
1500,00	264,70 €	408,46 €	0,40%	5,96 €	0,61%	9,19 €
1600,00	260,81 €	434,59 €	0,37%	5,87 €	0,61%	9,78 €
1700,00	260,91 €	447,70 €	0,35%	5,87 €	0,59%	10,07 €
1800,00	259,79 €	457,10 €	0,32%	5,85 €	0,57%	10,28 €
1900,00	258,62 €	466,90 €	0,31%	5,82 €	0,55%	10,51 €
2000,00	256,13 €	475,12 €	0,29%	5,76 €	0,53%	10,69 €
2100,00	253,69 €	481,81 €	0,27%	5,71 €	0,52%	10,84 €
2200,00	249,92 €	485,00 €	0,26%	5,62 €	0,50%	10,91 €
2300,00	246,20 €	488,95 €	0,24%	5,54 €	0,48%	11,00 €
2400,00	241,12 €	492,66 €	0,23%	5,43 €	0,46%	11,08 €
2500,00	236,11 €	496,03 €	0,21%	5,31 €	0,45%	11,16 €
2600,00	229,71 €	497,98 €	0,20%	5,17 €	0,43%	11,20 €
2700,00	223,43 €	498,47 €	0,19%	5,03 €	0,42%	11,22 €
2800,00	216,49 €	496,40 €	0,17%	4,87 €	0,40%	11,17 €
2900,00	208,14 €	493,83 €	0,16%	4,68 €	0,38%	11,11 €
3000,00	199,93 €	490,86 €	0,15%	4,50 €	0,37%	11,04 €
3100,00	190,27 €	486,22 €	0,14%	4,28 €	0,35%	10,94 €
3200,00	199,08 €	501,88 €	0,14%	4,48 €	0,35%	11,29 €
3300,00	217,01 €	530,20 €	0,15%	4,88 €	0,36%	11,93 €
3400,00	231,58 €	554,63 €	0,15%	5,21 €	0,37%	12,48 €
3500,00	248,32 €	582,31 €	0,16%	5,59 €	0,37%	13,10 €
3600,00	266,42 €	612,11 €	0,17%	5,99 €	0,38%	13,77 €
3700,00	294,68 €	652,10 €	0,18%	6,63 €	0,40%	14,67 €
3800,00	314,09 €	682,60 €	0,19%	7,07 €	0,40%	15,36 €
3900,00	333,07 €	713,89 €	0,19%	7,49 €	0,41%	16,06 €
4000,00	353,43 €	747,34 €	0,20%	7,96 €	0,42%	16,82 €
4100,00	386,11 €	792,01 €	0,21%	8,69 €	0,43%	17,82 €
4200,00	406,82 €	826,04 €	0,22%	9,15 €	0,44%	18,59 €
4300,00	429,01 €	862,30 €	0,22%	9,65 €	0,45%	19,40 €
4400,00	450,75 €	897,97 €	0,23%	10,14 €	0,46%	20,20 €
4500,00	485,77 €	946,28 €	0,24%	10,93 €	0,47%	21,29 €
4600,00	529,53 €	1.004,68 €	0,26%	11,91 €	0,49%	22,61 €
4700,00	573,74 €	1.064,24 €	0,27%	12,91 €	0,51%	23,95 €
4800,00	616,20 €	1.121,99 €	0,29%	13,86 €	0,53%	25,24 €
4900,00	659,22 €	1.179,40 €	0,30%	14,83 €	0,54%	26,54 €
5000,00	701,12 €	1.236,48 €	0,32%	15,78 €	0,56%	27,82 €
5100,00	744,10 €	1.294,81 €	0,33%	16,74 €	0,57%	29,13 €
5200,00	785,97 €	1.351,23 €	0,34%	17,68 €	0,58%	30,40 €
5300,00	828,95 €	1.407,33 €	0,35%	18,65 €	0,60%	31,66 €
5400,00	871,93 €	1.464,67 €	0,36%	19,62 €	0,61%	32,96 €
5500,00	913,83 €	1.520,18 €	0,37%	20,56 €	0,62%	34,20 €
5600,00	956,78 €	1.575,29 €	0,38%	21,53 €	0,63%	35,44 €
5700,00	998,68 €	1.630,06 €	0,39%	22,47 €	0,64%	36,68 €
5800,00	1.041,66 €	1.686,16 €	0,40%	23,44 €	0,65%	37,94 €
5900,00	1.083,57 €	1.740,36 €	0,41%	24,38 €	0,66%	39,16 €
6000,00	1.126,51 €	1.794,14 €	0,42%	25,36 €	0,67%	40,37 €
6100,00	1.168,42 €	1.847,68 €	0,43%	26,29 €	0,68%	41,57 €
6200,00	1.211,40 €	1.902,45 €	0,44%	27,26 €	0,69%	42,81 €
6300,00	1.253,27 €	1.955,34 €	0,45%	28,20 €	0,70%	44,00 €
6400,00	1.296,25 €	2.007,88 €	0,46%	29,17 €	0,71%	45,18 €
6500,00	1.338,15 €	2.060,02 €	0,46%	30,11 €	0,71%	46,35 €
6600,00	1.381,13 €	2.113,64 €	0,47%	31,08 €	0,72%	47,56 €
6700,00	1.423,00 €	2.165,12 €	0,48%	32,02 €	0,73%	48,72 €
6800,00	1.465,98 €	2.216,34 €	0,49%	32,98 €	0,73%	49,87 €
6900,00	1.508,97 €	2.268,97 €	0,49%	33,95 €	0,74%	51,05 €
7000,00	1.550,87 €	2.319,55 €	0,50%	34,89 €	0,75%	52,19 €

**Tabelle 3: Näherungsweise Startgutschrift in Prozent und € pro Jahr nach der Grundformel § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG**

### 1.1.3. Einfluss des Geburtsmonats für den Formelbetrag

Da weder das genaue Geburtsdatum, das genaue VBL-Eintrittsdatum, noch das genaue Gesamtversorgungsfähige Entgelt (gvE) vom Gericht angegeben wurden, werden Annahmen getroffen. Dann wird nachgeschaut, welche Schwankungsbreite der alte und neue Formelbetrag in Bezug auf den Geburtsmonat im Jahr 1953 haben und ob das – im Vergleich zur Mindestrente des Klagefalls, entscheidungsrelevant ist.

Annahmen:

- Gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE): 4.000 €
- VBL-Eintritt: 01.07.1992
- Geburtsdatum jeweils am Ende des Monats Januar bis Dezember 1953

Es zeigt sich nach Tabelle 4:

- Der alte Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG bleibt unabhängig von Monat Januar bis Dezember 1953 bei 75,55 €
- Der neue Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV variiert abhängig von Monat Januar bis Dezember 1953 zwischen 59,45 € und 63,08 €, d.h.
  - der neue Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV ist für jeden Monat von Januar bis Dezember 1953 **kleiner** als der alte Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG
  - der neue Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV ist für jeden Monat von Januar bis Dezember 1953 **deutlich kleiner** als die reale Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG der Klägerin in Höhe von 129,60 €.

Die Schlussfolgerungen in Kapitel 1 und weiterer Kapitel bleiben daher systematisch gültig - unabhängig von der konkreten Wahl des Geburtstages, -monats in Jahr 1953.

Für weiterführende Untersuchungen werden daher - wie auch bei der Annahme zum VBL – Eintrittstermin (01.07.1992) - als Geburtsdatum der 30.06.1953, also die Mitte des Jahres 1953), und als Renteneintrittsdatum der 01.07.2018 gewählt.

Lfd.Nr.		31.01.1953	28.02.1953	31.03.1953	30.04.1953	31.05.1953	30.06.1953	31.07.1953	31.08.1953	30.09.1953	31.10.1953	30.11.1953	31.12.1953
1	Geb. Datum												
2	Renteneintritt	01.02.2018	01.03.2018	01.04.2018	01.05.2018	01.06.2018	01.07.2018	01.08.2018	01.09.2018	01.10.2018	01.11.2018	01.12.2018	01.01.2019
3	VBL-Eintritt	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992	01.07.1992
4	gvZ (Jahre)	36,79	36,84	36,88	36,92	36,96	37,00	37,04	37,08	37,13	37,17	37,21	37,25
5	m (Jahre)	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5
6	n (Jahre)	25,58	25,67	25,75	25,83	25,92	26	26,08	26,17	26,25	26,33	26,42	26,5
7	m/n	37,14%	37,01%	36,89%	36,78%	36,65%	36,54%	36,43%	36,30%	36,19%	36,08%	35,96%	35,85%
8	m/n - 7,5	29,64%	29,51%	29,39%	29,28%	29,15%	29,04%	28,93%	28,80%	28,69%	28,58%	28,46%	28,35%
9	m x 2,25%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%	21,38%
10	Maximum aus m*2,25% und m/n-7,5	29,64%	29,51%	29,39%	29,28%	29,15%	29,04%	28,93%	28,80%	28,69%	28,58%	28,46%	28,35%
11	NVS=gvZ x 2,294%	84,40%	84,51%	84,60%	84,69%	84,79%	84,88%	84,97%	85,06%	85,18%	85,27%	85,36%	85,45%
12	NVS ungekürzt	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%
13													
14	STG(alt)	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €
15	gvE	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €
16	Netto (Stkl. I)	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €
17	NR	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €
18													
19	pers. NGV	1.754,29 €	1.756,67 €	1.758,58 €	1.760,48 €	1.762,39 €	1.764,30 €	1.766,21 €	1.768,11 €	1.770,50 €	1.772,41 €	1.774,31 €	1.776,22 €
20	pers. Voll-Leistung	200,58 €	202,96 €	204,87 €	206,77 €	208,68 €	210,59 €	212,50 €	214,40 €	216,79 €	218,70 €	220,60 €	222,51 €
21	Formelbetrag(neu)	59,45 €	59,89 €	60,22 €	60,54 €	60,83 €	61,15 €	61,47 €	61,75 €	62,20 €	62,50 €	62,78 €	63,08 €
22	Formelbetrag(alt)	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €	75,55 €
23	Formelbetrag(neu)	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €	129,60 €

**Tabelle 4: Formelbetrag (alt und neu) in Abhängigkeit vom Geburtsmonat in 1953**

**Legende:**

m = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre  
n = Anzahl der bis zum Rentenbeginn theoretisch erreichbaren Pflichtversicherungsjahre  
gvE = gesamtversorgungsfähiges Entgelt (Stichtag 31.12.2001)  
gvZ = gesamtversorgungsfähige Zeit (unter Einschluss der hälftigen Zeiten ab dem 17. LJ)  
Netto = Nettogehalt (Stkl. I) zum gvE (Stichtag 31.12.2001)  
NVS ungekürzt = Nettoversorgungssatz 91,75 % des Nettogehalts  
NVS (ggf. gekürzt) = gvZ x 2,294 %  
NR = fiktive gesetzliche Rente nach Näherungsverfahren  
STG (alt) = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne  
pers. NGV = persönliche Nettogesamtversorgung = Netto x NVS = Netto x (gvZ x 2,294 %)  
pers. Voll-Leistung = pers. NGV minus NR  
Formelbetrag(neu) = pers. Voll-Leistung x (Maximum aus m x 2,25% und m/n – 7,5)  
Formelbetrag(alt) = [Netto x (NVS ungekürzt) minus NR] x m x 2,25 %

**1.1.4. Einordnung des Klagefalles**

In einer früheren Arbeit<sup>2</sup> hatten die Autoren Fischer/Siepe bereits für bestimmte Gehaltsgruppen (gvE bis 1.400 €, bis 2.800 €, bis 4.200 €, bis 5.600 €) nachgewiesen, welche der Größen

- alter Formelbetrag
- Mindestrente
- Mindeststartgutschrift
- neuer Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV

bestimmend für die alte und neue Anwartschaft (d.h. alte bzw. neue Startgutschrift) sind.

<sup>2</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP\\_Keine\\_Zuschlaege\\_bei\\_Alleinstehenden.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Keine_Zuschlaege_bei_Alleinstehenden.pdf)

Neue Startgutschriften bei Alleinstehenden (AL) und Verheirateten (VH)														
Tabelle: gvE xyz €, geboren am 31.12.1947, Eintritt in den öffentlichen Dienst ab 17 Jahre														
	gvE	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €
m	EAlter	M-Rente in % pa	M-Rente	M-STG	F-STG alt AL	F-STG neu AL	STG alt AL	STG neu AL	STG alt AL in % pa	STG neu AL in % pa	F-STG alt VH	F-STG neu VH	STG alt VH	STG neu VH
37	17	0,2103	326,84 €	272,32 €	338,67 €	338,67 €	338,67 €	338,67 €	0,22%	0,22%	687,68 €	687,68 €	687,68 €	687,68 €
36	18	0,2148	324,74 €	264,96 €	329,52 €	329,51 €	329,52 €	329,52 €	0,22%	0,22%	669,10 €	669,09 €	669,10 €	669,10 €
35	19	0,2194	322,49 €	257,60 €	320,36 €	320,36 €	322,49 €	322,49 €	0,22%	0,22%	650,51 €	650,51 €	650,51 €	650,51 €
34	20	0,2242	320,17 €	250,24 €	311,21 €	311,21 €	320,17 €	320,17 €	0,22%	0,22%	631,92 €	631,92 €	631,92 €	631,92 €
33	21	0,2292	317,71 €	242,88 €	302,06 €	302,05 €	317,71 €	317,71 €	0,23%	0,23%	613,34 €	613,33 €	613,34 €	613,34 €
32	22	0,2344	315,01 €	235,52 €	292,90 €	292,90 €	315,01 €	315,01 €	0,23%	0,23%	594,75 €	594,75 €	594,75 €	594,75 €
31	23	0,2396	311,98 €	228,16 €	283,75 €	283,75 €	311,98 €	311,98 €	0,24%	0,24%	576,17 €	576,16 €	576,17 €	576,17 €
30	24	0,2449	308,59 €	220,80 €	274,60 €	274,59 €	308,59 €	308,59 €	0,24%	0,24%	557,58 €	557,58 €	557,58 €	557,58 €
29	25	0,2503	304,91 €	213,44 €	265,45 €	265,44 €	304,91 €	304,91 €	0,25%	0,25%	538,99 €	538,99 €	538,99 €	538,99 €
28	26	0,2557	300,66 €	206,08 €	256,29 €	256,28 €	300,66 €	300,66 €	0,26%	0,26%	520,41 €	520,41 €	520,41 €	520,41 €
27	27	0,2610	295,97 €	198,72 €	247,14 €	247,13 €	295,97 €	295,97 €	0,26%	0,26%	501,82 €	501,82 €	501,82 €	501,82 €
26	28	0,2663	290,84 €	191,36 €	237,99 €	237,98 €	290,84 €	290,84 €	0,27%	0,27%	483,24 €	483,24 €	483,24 €	483,24 €
25	29	0,2720	285,60 €	184,00 €	228,83 €	228,82 €	285,60 €	285,60 €	0,27%	0,27%	464,65 €	464,65 €	464,65 €	464,65 €
24	30	0,2777	279,89 €	176,64 €	219,68 €	219,67 €	279,89 €	279,89 €	0,28%	0,28%	446,06 €	446,06 €	446,06 €	446,06 €
23	31	0,2833	273,70 €	169,28 €	210,53 €	210,52 €	273,70 €	273,70 €	0,28%	0,28%	427,48 €	427,48 €	427,48 €	427,48 €
22	32	0,2890	267,04 €	161,92 €	201,37 €	201,36 €	267,04 €	267,04 €	0,29%	0,29%	408,89 €	408,89 €	408,89 €	408,89 €
21	33	0,2940	259,31 €	154,56 €	192,22 €	192,21 €	259,31 €	259,31 €	0,29%	0,29%	390,31 €	390,31 €	390,31 €	390,31 €
20	34	0,2990	251,16 €	147,20 €	183,07 €	183,06 €	251,16 €	251,16 €	0,30%	0,30%	371,72 €	371,72 €	371,72 €	371,72 €
19	35	0,3043	242,86 €	0,00 €	173,91 €	173,90 €	242,86 €	242,86 €	0,30%	0,30%	353,13 €	353,13 €	353,13 €	353,13 €
18	36	0,3097	234,11 €	0,00 €	164,76 €	164,75 €	234,11 €	234,11 €	0,31%	0,31%	334,55 €	334,55 €	334,55 €	334,55 €
17	37	0,3147	224,67 €	0,00 €	155,61 €	155,60 €	224,67 €	224,67 €	0,31%	0,31%	315,96 €	315,96 €	315,96 €	315,96 €
16	38	0,3197	214,82 €	0,00 €	146,45 €	146,44 €	214,82 €	214,82 €	0,32%	0,32%	297,38 €	297,38 €	297,38 €	297,38 €
15	39	0,3247	204,54 €	0,00 €	137,30 €	137,29 €	204,54 €	204,54 €	0,32%	0,32%	278,79 €	278,79 €	278,79 €	278,79 €
14	40	0,3297	193,84 €	0,00 €	128,15 €	128,14 €	193,84 €	193,84 €	0,33%	0,33%	260,20 €	260,20 €	260,20 €	260,20 €
13	41	0,3343	182,55 €	0,00 €	118,99 €	118,98 €	182,55 €	182,55 €	0,33%	0,33%	241,62 €	241,62 €	241,62 €	241,62 €
12	42	0,3397	171,19 €	0,00 €	109,84 €	109,83 €	171,19 €	171,19 €	0,34%	0,34%	223,03 €	223,03 €	223,03 €	223,03 €
11	43	0,3443	159,08 €	0,00 €	100,69 €	100,68 €	159,08 €	159,08 €	0,34%	0,34%	204,45 €	204,45 €	204,45 €	204,45 €
10	44	0,3487	146,44 €	0,00 €	91,53 €	91,52 €	146,44 €	146,44 €	0,35%	0,35%	185,86 €	185,86 €	185,86 €	185,86 €
9	45	0,3523	133,18 €	0,00 €	82,38 €	82,37 €	133,18 €	133,18 €	0,35%	0,35%	167,27 €	167,27 €	167,27 €	167,27 €
8	46	0,3550	119,28 €	0,00 €	73,23 €	73,22 €	119,28 €	119,28 €	0,36%	0,36%	148,69 €	148,69 €	148,69 €	148,69 €
7	47	0,3583	105,35 €	0,00 €	64,07 €	64,06 €	105,35 €	105,35 €	0,36%	0,36%	130,10 €	130,10 €	130,10 €	130,10 €
6	48	0,3610	90,97 €	0,00 €	54,92 €	54,91 €	90,97 €	90,97 €	0,36%	0,36%	111,52 €	111,52 €	111,52 €	111,52 €
5	49	0,3637	76,37 €	0,00 €	45,77 €	45,76 €	76,37 €	76,37 €	0,36%	0,36%	92,93 €	92,93 €	92,93 €	92,93 €
4	50	0,3670	61,66 €	0,00 €	36,61 €	36,60 €	61,66 €	61,66 €	0,37%	0,37%	74,34 €	74,34 €	74,34 €	74,34 €
3	51	0,3710	46,75 €	0,00 €	27,46 €	27,45 €	46,75 €	46,75 €	0,37%	0,37%	55,76 €	55,76 €	55,76 €	55,76 €
2	52	0,3750	31,50 €	0,00 €	18,31 €	18,30 €	31,50 €	31,50 €	0,38%	0,38%	37,17 €	37,17 €	37,17 €	37,17 €
1	53	0,3793	15,93 €	0,00 €	9,15 €	9,14 €	15,93 €	15,93 €	0,38%	0,38%	18,59 €	18,59 €	18,59 €	18,59 €
0	54		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

**Tabelle 5: Dominanz der Mindestrente bei alter und neuer Anwartschaft (gvE 4.200 €)**

**Legende:**

m = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre

EAlter = Eintrittsalter

M-Rente in % p.a. = Mindestrente in % p.a. nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG

M-STG = Mindeststartgutschrift nach § 37 Abs. 3 VBLS n.F.

F-STG = Formelbetrag nach § 18 Abs2 Nr. 2 BetrAVG

STG alt AL = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne (die blau hintergrund-gefärbten Beträge als Mindeststartgutschrift, die übrigen als Mindestrente grün hintergrund-gefärbt)

STG alt VH = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 verheiratete Rentenferne (als Formelbetrag orange hintergrund-gefärbt)

STG neu VH = neue Startgutschrift für verheiratete Rentenferne nach Neuregelung (als Formelbetrag orange hintergrund-gefärbt)

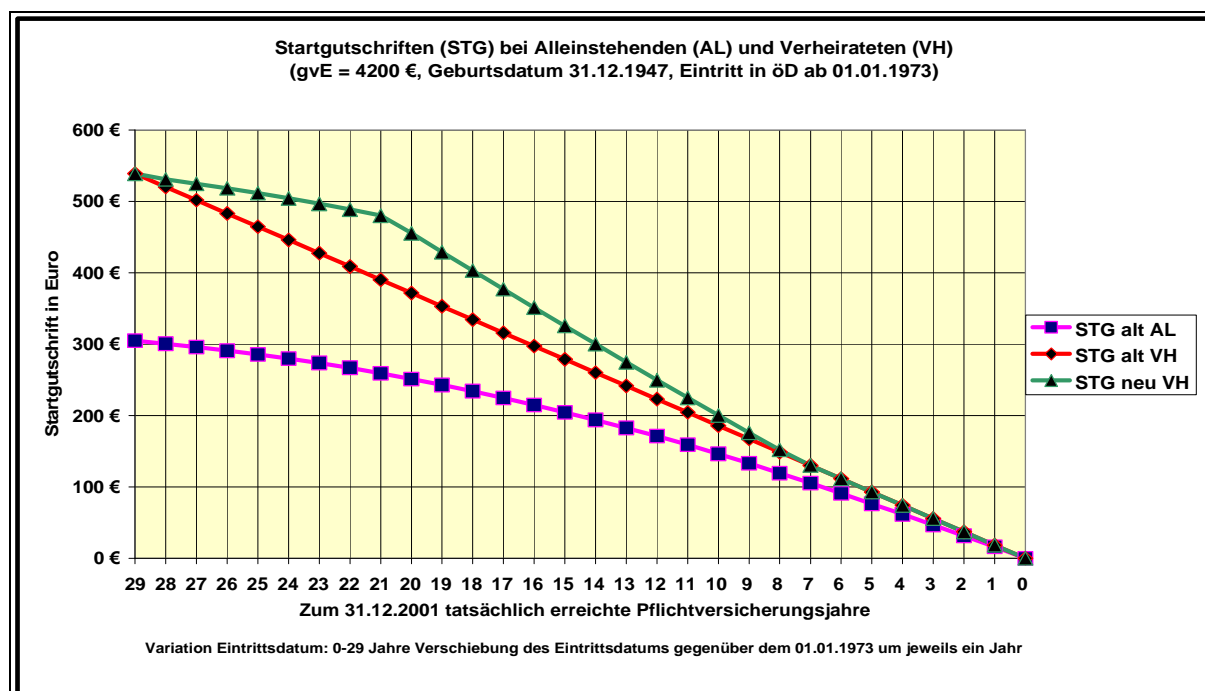
Das gesamtversorgungsfähige Entgelt (gvE) der Klägerin wurde sachlogisch ermittelt zwischen 3.900 € und 4.100 €.

Selbst noch bis zu einem gvE von 4.200 € werden alte und neue Startgutschrift komplett dominiert durch die **Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG (grüne Spalten der Tabelle 5).

Der Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ist auch bei einem gvE von 4.200 € deutlich geringer als die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG.

Der Klagefall ordnet sich somit systematisch ein in diejenige Fallgruppe von höherverdienenden (bis gvE 4.200 €) alleinstehenden rentenfernen Versicherten, deren alte und neue Startgutschrift nicht nach Formelbetrag, sondern komplett durch die Mindestrente bestimmt wird.

Selbst die real ermittelte Startgutschrift (alt und neu) der Klägerin als Mindestrente in Höhe von 129,60 € (auf der Basis eines gvE zwischen 3.900 € und 4.100 €) lässt sich trotz Unsicherheit über das konkrete Geburtsdatum und das konkrete VBL-Eintrittsdatum grob einordnen in das Beispiel der Tabelle 5 bei einem gvE von 4.200 € (siehe die entsprechende m-Zeilen der Spalte M-Rente in Tabelle 5).



**Abbildung 1: Startgutschrift (alt, neu) für AL und VH bei gvE von 4.200 €**

Sämtliche Berechnungen zur obigen Tabelle 5 wurden mit dem kombinierten Startgutschrift-Zuschlagsrechner<sup>3</sup> vorgenommen. Bei der Berechnung der **Mindeststartgutschrift** wurden die vollen Pflichtversicherungsjahre bis zum 31.12.2001 mit dem festen Betrag von 7,36 € (= 1,84 Versorgungspunkte x 4 €) multipliziert. Dabei zeigte sich (siehe Tabelle 5), dass in allen Fällen der bis 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre (m) die **Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG über dem alten Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG lag. Die **Mindestrente** wurde entsprechend der tariflichen Entgeltentwicklung von

<sup>3</sup> a.a.O.

1973 bis 2001 konservativ abgeschätzt. Die **Mindeststartgutschrift** nach § 9 Abs. 3 ATV bzw. nach § 37 Abs. 3 VBLS n.F. spielt auch bei  $m \geq 20$  Jahren keine Rolle.

### 1.1.5. Abschätzung der Punkterente (ab 2002) der Klägerin

Inzwischen gibt es Hinweise<sup>4</sup> auf Urteile des Bundesgerichtshofs (allerdings in einem ganz anderen Klagezusammenhang rentennaher Kläger mit zusätzlicher berufsständischer Versorgung) in der klägerischen Auseinandersetzung um Startgutschriften, Zuschlagsberechnungen, erzielbare Zusatzversorgungsrente bei Renteneintritt, um die Startgutschrift aus 2001 mit der kompletten Zusatzversorgungsrente zum Rentenbeginn in Relation zu setzen.

Daher wird mit einem kleinen weiteren frei verfügbaren Hilfsmittel<sup>5</sup> die bei der Klägerin zu erwartende Punkterente ermittelt auf der Basis eines gesamtversorgungsfähigen Entgelts (gvE) in 2001 von rund 4.000 € /Monat (= 48.000 €/Jahr) ermittelt, und zwar mit 0 %, 1 % und 2 % jährlicher Gehaltsanpassung ab 2002 bis zum Rentenbeginn.

Auf der Basis der in früheren Kapitel-Abschnitten gemachten Annahmen (Wir kennen ja das genaue Geburtsdatum und das genaue Datum des VBL-Eintritts nicht):

- Geburtsdatum: 30.06.1953
- Renteneintritt: 01.07.2018
- VBL-Eintritt: 01.07.1992
- gvE: 4.000 € (gemäß Folgerung aus Kapitel 1.1.1)
- Startgutschrift(alt): 126,60 €

ist mit Hilfe des erwähnten kleinen Rechners die Startgutschrift der Klägerin plus ihre bis zum Rentenbeginn erzielbare Punkterente bestimmbar:

	Punkterente ab 2002	Startgutschrift	Zusatzversorgungs- rente
Punkterente (0 % Steigerung)	252,80 €	129,60 €	382,40 €
Punkterente (1 % Steigerung)	274,72 €	129,60 €	404,32 €
Punkterente (2 % Steigerung)	298,84 €	129,60 €	428,44 €

<sup>4</sup> BGH-Urteile vom 25.9.2013 (Az. IV ZR 207/11 und IV ZR 47/12)

RdNr. 33 aus Az.: IV ZR 207/11:

„Dabei darf nicht allein auf die jeweiligen Startgutschriften abgestellt, sondern es müssen die am Ende nach dem neuen Punktesystem voraussichtlich zu leistenden Zusatzrenten verglichen werden.“

<sup>5</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/7/Fischer\\_NPR.zip](http://www.startgutschriften-arge.de/7/Fischer_NPR.zip)

Reale Versorgungspunkte der Punkterente bis zum Rentenbeginn am 01.07.2018									
				Referenzzentgelt =			1.000,00		
<b>Name:</b>	gvE 4000 €/mtl			FVE = 1	Messbetrag =		0,4%	4,00 €	
Geburts- datum/ Alter	Jahr	Alters- faktor	zvE/Jahr DM	zvE/Jahr in Euro	zvE/Monat in Euro	Vers.- punkte (VP)	Bonus- punkte (BP)	VP aus Sonder- umlagen	
30.06.1953			Startgutschrift =			32,40			
17	1970	3,10	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
18	1971	3,00	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
19	1972	2,90	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
20	1973	2,80	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
21	1974	2,70	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
22	1975	2,60	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
23	1976	2,50	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
24	1977	2,40	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
25	1978	2,40	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00			
26	1979	2,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
27	1980	2,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
28	1981	2,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
29	1982	2,10	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
30	1983	2,00	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
31	1984	2,00	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
32	1985	1,90	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
33	1986	1,90	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
34	1987	1,80	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
35	1988	1,70	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
36	1989	1,70	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
37	1990	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
38	1991	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
39	1992	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
40	1993	1,50	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
41	1994	1,50	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
42	1995	1,40	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
43	1996	1,40	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
44	1997	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
45	1998	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
46	1999	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
47	2000	1,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00			
48	2001	1,20	0,00	48.000,00 €	4.000,00	0,00			
49	2002	1,20	0,00	48.000,00 €	4.000,00	4,80			
50	2003	1,10	0,00	48.000,00 €	4.000,00	4,40			
51	2004	1,10	0,00	48.000,00 €	4.000,00	4,40			
52	2005	1,10	0,00	48.000,00 €	4.000,00	4,40			
53	2006	1,00	0,00	48.000,00 €	4.000,00	4,00			
54	2007	1,00		48.000,00 €	4.000,00	4,00			
55	2008	1,00		48.000,00 €	4.000,00	4,00			
56	2009	1,00		48.000,00 €	4.000,00	4,00			
57	2010	0,90		48.000,00 €	4.000,00	3,60	0,00		
58	2011	0,90		48.000,00 €	4.000,00	3,60	0,00		
59	2012	0,90		48.000,00 €	4.000,00	3,60	0,00		
60	2013	0,90		48.000,00 €	4.000,00	3,60	0,00		
61	2014	0,90		48.000,00 €	4.000,00	3,60	0,00		
62	2015	0,80		48.000,00 €	4.000,00	3,20	0,00		
63	2016	0,80		48.000,00 €	4.000,00	3,20	0,00		
64	2017	0,80		48.000,00 €	4.000,00	3,20	0,00		
65	2018	0,80		24.000,00 €	2.000,00	1,60	0,00		
			Summe der VP ab2002				63,20	0,00	0,00
VP insgesamt	95,60	* Messbetrag 4 € =				382,40 €			
Zugangsfaktor	1,000	reale Zusatzrente				382,40 €	Rente ab	01.07.2018	

**Tabelle 6:** Zusatzversorgungsrente zum Rentenbeginn (Startgutschrift+Punkterente)  
(gvE: 4.000 €, 0 % Gehaltssteigerung ab 2002)



Reale Versorgungspunkte der Punkterente bis zum Rentenbeginn am 01.07.2018								
					Referenzentgelt =		1.000,00	
<b>Name:</b>	gvE 4000 €/mtl			FVE = 1	Messbetrag =		0,4%	4,00 €
Geburts- datum/ Alter	Jahr	Alters- faktor	zvE/Jahr DM	zvE/Jahr in Euro	zvE/Monat in Euro	Vers.- punkte (VP)	Bonus- punkte (BP)	VP aus Sonder- umlagen
30.06.1953			Startgutschrift =			32,40		
17	1970	3,10	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
18	1971	3,00	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
19	1972	2,90	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
20	1973	2,80	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
21	1974	2,70	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
22	1975	2,60	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
23	1976	2,50	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
24	1977	2,40	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
25	1978	2,40	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
26	1979	2,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
27	1980	2,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
28	1981	2,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
29	1982	2,10	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
30	1983	2,00	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
31	1984	2,00	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
32	1985	1,90	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
33	1986	1,90	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
34	1987	1,80	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
35	1988	1,70	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
36	1989	1,70	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
37	1990	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
38	1991	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
39	1992	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
40	1993	1,50	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
41	1994	1,50	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
42	1995	1,40	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
43	1996	1,40	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
44	1997	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
45	1998	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
46	1999	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
47	2000	1,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
48	2001	1,20	0,00	48.000,00 €	4.000,00	0,00		
49	2002	1,20	0,00	48.480,00 €	4.040,00	4,85		
50	2003	1,10	0,00	48.964,80 €	4.080,40	4,49		
51	2004	1,10	0,00	49.454,45 €	4.121,20	4,53		
52	2005	1,10	0,00	49.948,99 €	4.162,42	4,58		
53	2006	1,00	0,00	50.448,48 €	4.204,04	4,20		
54	2007	1,00		50.952,97 €	4.246,08	4,25		
55	2008	1,00		51.462,50 €	4.288,54	4,29		
56	2009	1,00		51.977,12 €	4.331,43	4,33		
57	2010	0,90		52.496,89 €	4.374,74	3,94	0,00	
58	2011	0,90		53.021,86 €	4.418,49	3,98	0,00	
59	2012	0,90		53.552,08 €	4.462,67	4,02	0,00	
60	2013	0,90		54.087,60 €	4.507,30	4,06	0,00	
61	2014	0,90		54.628,48 €	4.552,37	4,10	0,00	
62	2015	0,80		55.174,76 €	4.597,90	3,68	0,00	
63	2016	0,80		55.726,51 €	4.643,88	3,72	0,00	
64	2017	0,80		56.283,77 €	4.690,31	3,75	0,00	
65	2018	0,80		28.704,73 €	2.392,06	1,91	0,00	
			Summe der VP ab2002			68,68	0,00	0,00
VP insgesamt	101,08	* Messbetrag 4 € =				404,32 €		
Zugangsfaktor		1,000	reale Zusatzrente			404,32 €	Rente ab	01.07.2018

**Tabelle 7:** Zusatzversorgungsrente zum Rentenbeginn (Startgutschrift+Punkterente)  
(gvE: 4.000 €, 1 % Gehaltssteigerung ab 2002)



Reale Versorgungspunkte der Punkterente bis zum Rentenbeginn am 01.07.2018								
				Referenzzentgelt =			1.000,00	
<b>Name:</b>	gvE 4000 €/mtl			FVE = 1	Messbetrag =		0,4%	4,00 €
Geburts- datum/ Alter	Jahr	Alters- faktor	zvE/Jahr DM	zvE/Jahr in Euro	zvE/Monat in Euro	Vers.- punkte (VP)	Bonus- punkte (BP)	VP aus Sonder- umlagen
30.06.1953			Startgutschrift =			32,40		
17	1970	3,10	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
18	1971	3,00	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
19	1972	2,90	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
20	1973	2,80	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
21	1974	2,70	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
22	1975	2,60	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
23	1976	2,50	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
24	1977	2,40	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
25	1978	2,40	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00		
26	1979	2,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
27	1980	2,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
28	1981	2,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
29	1982	2,10	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
30	1983	2,00	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
31	1984	2,00	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
32	1985	1,90	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
33	1986	1,90	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
34	1987	1,80	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
35	1988	1,70	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
36	1989	1,70	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
37	1990	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
38	1991	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
39	1992	1,60	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
40	1993	1,50	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
41	1994	1,50	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
42	1995	1,40	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
43	1996	1,40	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
44	1997	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
45	1998	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
46	1999	1,30	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
47	2000	1,20	0,00	0,00 €	0,00	0,00		
48	2001	1,20	0,00	48.000,00 €	4.000,00	0,00		
49	2002	1,20	0,00	48.960,00 €	4.080,00	4,90		
50	2003	1,10	0,00	49.939,20 €	4.161,60	4,58		
51	2004	1,10	0,00	50.937,98 €	4.244,83	4,67		
52	2005	1,10	0,00	51.956,74 €	4.329,73	4,76		
53	2006	1,00	0,00	52.995,88 €	4.416,32	4,42		
54	2007	1,00		54.055,80 €	4.504,65	4,50		
55	2008	1,00		55.136,91 €	4.594,74	4,59		
56	2009	1,00		56.239,65 €	4.686,64	4,69		
57	2010	0,90		57.364,44 €	4.780,37	4,30	0,00	
58	2011	0,90		58.511,73 €	4.875,98	4,39	0,00	
59	2012	0,90		59.681,97 €	4.973,50	4,48	0,00	
60	2013	0,90		60.875,61 €	5.072,97	4,57	0,00	
61	2014	0,90		62.093,12 €	5.174,43	4,66	0,00	
62	2015	0,80		63.334,98 €	5.277,92	4,22	0,00	
63	2016	0,80		64.601,68 €	5.383,47	4,31	0,00	
64	2017	0,80		65.893,71 €	5.491,14	4,39	0,00	
65	2018	0,80		34.264,73 €	2.855,39	2,28	0,00	
			Summe der VP ab2002			74,71	0,00	0,00
VP insgesamt	107,11	* Messbetrag 4 € =				428,44 €		
Zugangsfaktor	1,000	reale Zusatzrente				428,44 €	Rente ab	01.07.2018

**Tabelle 8:** Zusatzversorgungsrente zum Rentenbeginn (Startgutschrift+Punkterente)  
(gvE: 4.000 €, 2 % Gehaltssteigerung ab 2002)

### 1.1.6. Erkenntnisse aus den Grunddaten der Klägerin

#### Erkenntnis A:

**Startgutschrift (alt) der alleinstehenden Klägerin wird bestimmt durch die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG in Höhe von 129,60 €.**

Der Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG würde lediglich zwischen 71,16 - 82,56 € betragen.

Mindeststartgutschrift nach § 37 Abs. 3 VBL n.F. ist nicht zu gewähren, da bis 31.12.2001 keine 20 vollen VBL-Pflichtversicherungsjahre erreicht wurden.

Somit lassen sich nun die „technischen“ Daten des Klagefalls **LG KA 6 O 145/13** ergänzen:

Weibliche Klägerin, geboren am	XX.XX. 1953
Familienstand am 31.12.2001: (logisch ermittelt, siehe oben)	alleinstehend
Eintritt in die Zusatzversorgungskasse VBL:	1. Juli 1992 (Annahme)
Eintrittsalter in die VBL:	38 Jahre
<b>(vom Gericht angegeben!)</b>	
Gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE): (logisch ermittelt, siehe oben)	3.900 – 4.100 €
Fiktives Nettoentgelt (Steuerklasse I): (logisch ermittelt, siehe oben)	2.038 – 2.118 €
Fiktive gesetzliche Rente:	<b>1.551,46 €</b>
<b>(vom Gericht angegeben!)</b>	
<b>Startgutschrift (alt):</b>	<b>129,60 €</b>
<b>(vom Gericht angegeben!)</b>	

### **Erkenntnis B:**

Das Näherungsverfahren zur Ermittlung der gesetzlichen Rente wird nur wirksam bei der Berechnung der Größe <Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG>.

**Im Klagefall LG KA 6 O 145/13 wurde die Startgutschrift jedoch nicht nach dem Formelbetrag, sondern durch die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG bestimmt.**

Die Klägerin ist also von der juristischen Diskussion um die Vorteile/Nachteile der Anwendung des Näherungsverfahrens zur gesetzlichen Rente gar nicht betroffen.

Die Klägerin ist auch nicht betroffen von der Diskussion um die bis zum Stichtag 31.12.2001 bereits erreichten Pflichtversicherungsjahre (m) und theoretisch bis zum Rentenbeginn erreichbaren Pflichtversicherungsjahre (n) und der daraus resultierenden Vergleichsdiskussion um § 18 BetrAVG ( $m \times 2,25\%$ ) bzw. § 2 BetrAVG ( $m/n$  bzw.  $m/n - 7,5$ ), da es im Klagefall gar nicht auf den alten bzw. neuen Formelbetrag ankommt.

**Damit ist die alleinstehende rentenferne Klägerin systematisch von einem Zuschlag auf ihre alte Startgutschrift ausgeschlossen.**

### **Erkenntnis C: (Hochrechnung Zusatzversorgungsrente zum Rentenbeginn)**

Bei Eintritt in die Rente werden die Startgutschrift aus 2001 und die ab 2002 bis Rentenbeginn erzielbare Punkterente zusammengezählt.

Die Klägerin wird nach Kapitel 1.1.5 schätzungsweise zum Rentenbeginn über eine Zusatzrente von etwa 382 €, 404 € bzw. 428 € verfügen können bei ab 2002 angenommenen jährlichen Gehaltssteigerungen von 0 %, 1 % bzw. 2 %.

### **Erkenntnis D (Systematische Einordnung des Klagefalls)**

(siehe <sup>6</sup> Kap. 2.2, <sup>7</sup> Kap. 5.2 Seite 32)

Da etwa jeder vierte Rentenferne am 31.12.2001 alleinstehend war und rund 30 Prozent der Rentenfernen zu den älteren Jahrgängen 1947 bis 1956 zählen, sind rund 7,5 Prozent aller Rentenfernen oder rund 100.000 VBL-Pflichtversicherte ganz massiv von den Kürzungen betroffen. In nicht wenigen Fällen wird die Zusatzrente praktisch halbiert.

Ältere, alleinstehende Rentenferne mit Entgelten über 4.500 € erhalten in aller Regel einen Zuschlag auf ihre bisherige Startgutschrift, sofern sie im Alter von 26 bis 33 Jahren in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und daher weniger als 40 Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichen können. Bei einem Eintrittsalter von 33 Jahren kann der Jahrgang 1947 mit einem Zuschlag von

---

<sup>6</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/6/studie\\_halbierte\\_zusatzrenten.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/6/studie_halbierte_zusatzrenten.pdf)

<sup>7</sup> <http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2013.pdf>

23 % rechnen, so dass bei einem gesamtversorgungsfähigen Entgelt von 5.000 € zumindest eine Startgutschrift von 0,32 % p.a. nach Zuschlag erreicht wird.

Bei gesamtversorgungsfähigen Entgelten **bis 4.500 €** wird die bisherige Startgutschrift jedoch in der Regel durch den Mindestbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG bzw. die Mindeststartgutschrift nach § 9 Abs. 3 ATV bzw. § 37 Abs. 3 VBLS n.F. bestimmt. Dies hat zur Folge, dass auch ein durch den Zuschlag erhöhter Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG in fast allen Fällen noch unter den Mindestwerten und damit unter den bisherigen Startgutschriften bleibt. Diese alleinstehenden Normal- und Höherverdiener gehen also auch dann leer aus, wenn sie relativ spät in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und dadurch deutlich weniger als 40 Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichen können. Ausgerechnet diese Gruppe, die bereits nach § 33 Abs. 1 ATV i.V.m. § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG zu den Hauptbetroffenen der rentenfernen Startgutschriften zählt, gehört auch zu den Hauptbetroffenen nach der Neuregelung in § 33 Abs. 1a ATV, d.h. der neuen Zuschlagsregelung.

Die Klägerin war als **Späteinsteigerin** mit 38 Jahren eine **alleinstehende** Rentenferne, die per Neuregelung der VBL-Satzung keinen Zuschlag bekommen kann.

### **Randbemerkung:**

Die Satzungsgeber wie auch jetzt das Gericht vermeiden meist Hinweise auf die am Stichtag 31.12.2001 vorliegende fiktive Steuerklasse.

Damit umgeht man jedoch die sachlogische und juristische Auseinandersetzung um die Besonderheiten für am Stichtag **rentenferne Alleinstehende**, denn die Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach dem 30.05.2011 hält einige Systemfehler bereit.

Für die Bestimmung der alten Startgutschrift bei Verheirateten ist vor allem der Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG wirksam.

Es wurde bei der Satzungsänderung nach dem 30.05.2011 offenbar nur auf eine Modifikation des Formelbetrages abgestellt, das Augenmerk jedoch nicht auch auf die Wirkung (den Einfluss) von Mindestrente und Mindeststartgutschrift gelegt, die großen Einfluss auf die Bestimmung der alten Startgutschrift bei Alleinstehenden haben.

## 1.2. Kürzung des Nettogesamtversorgung im Klagefall

Die Klägerin war als **Späteinsteigerin** mit 38 Jahren (lt. Gericht) eine **alleinstehende** Rentenferne.

Aus der Systemfehler-Studie der Autoren<sup>8</sup> (Auszüge kann man nachlesen in Anlage 3 des vorliegenden Standpunkts) ist ersichtlich:

Bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erfolgt eine **Kürzung der Nettogesamtversorgung**, indem das bisherige Nettoarbeitsentgelt mit einem im Vergleich zum Höchstsatz (91,75 % des Nettoarbeitsentgelts) niedrigeren Nettoversorgungssatz multipliziert wird. Da aber gleichzeitig die von der Nettogesamtversorgung abzuziehende Nahrungsrente nicht gekürzt wird, sinkt die Voll-Leistung relativ stark insbesondere bei Durchschnittsverdienern.

In der Praxis wären Zusatzberechnungen nach § 33 Abs. 1a Nr. 2 ATV für ein Eintrittsalter von nicht mehr als 33 Jahren entbehrlich, da die Voll-Leistung bei einem Eintrittsalter bis zu 33 Jahre überhaupt nicht gekürzt wird. Begründung: Bei einem Eintrittsalter von 25 bis 33 Jahre liegt die bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichbare Pflichtversicherungszeit (**n**) zwischen **40** und 32 Jahren. Da bei der Ermittlung der gesamtversorgungsfähigen Zeit (**gvZ**) noch die Hälfte der Zeit vom vollendeten 17. Lebensjahr bis zum Eintrittsalter von 25 bis 33 Jahren hinzugezählt wird, kommen noch 4 bis 8 Jahre hinzu, so dass sich die gesamtversorgungsfähige Zeit auf 44 und 40 Jahre erhöht.

Die komplizierte Berechnung der individuellen **persönlichen Voll-Leistung** ist daher nur bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erforderlich.

Die sog. Modifikation der Voll-Leistung führt zu teilweise grotesken Auswirkungen.

**Verheiratete** Spitzenverdiener unter den Späteinsteigern erhalten sehr hohe Zuschläge, während die Durchschnittsverdiener fast immer leer ausgehen. Für **alleinstehende** Durchschnitts- und Höherverdiener errechnen sich nach der Neuregelung in bestimmten Fällen sogar **negative** neue persönliche Voll-Leistungen (siehe dazu auch Textauszüge in **Anlage 4** des vorliegenden Standpunkts).

Zunächst wird in Kapitel 1.2.1 für den Klagefall die Auswirkung der Kürzung der Nettogesamtversorgung auf den Formelbetrag untersucht unter den am Ende von Kapitel 1.1.3 gemachten Annahmen:

- Geburtsdatum: 30.06.1953 (also die Mitte des Jahres 1953)
- Eintrittsalter: 39
- VBL – Eintrittstermin: 01.07.1992
- Renteneintrittsdatum: 01.07.2018
- gvE 4.000 €

In weitere Kapitelabschnitten werden nun das Eintrittsalter (EA), das gesamtversorgungsfähige Entgelt (gvE) und auch das Geburtsdatum der Klägerin

---

<sup>8</sup> a.a.O.

verändert, um zu demonstrieren, dass unter bestimmten Eintrittsbedingungen gehäuft **negative** neue persönliche Voll-Leistungen auftreten können.

### **1.2.1. Kürzung des Nettoversorgungssatzes im Klagefall**

Wegen des späten Einstiegs der Klägerin findet bereits - unter den soeben gemachten Annahmen (die nur leicht von den realen Startgutschriftsdaten der Klägerin abweichen werden) - eine Kürzung des Nettoversorgungssatzes von 91,75 % auf 84,88 % statt.

Das bedeutet für den neuen Formelbetrag von 61,15 € nach § 33 Abs. 1a ATV eine Verringerung gegenüber dem alten Formelbetrag von 75,55 € nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG.

Da im Klagefall weder alter noch neuer Formelbetrag wegen der Dominanz der Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG eine Rolle spielen, hat die Kürzung des Nettoversorgungssatzes im Klagefall keine Auswirkung auf den Zuschlag.

Lfd. Nr.		6 O 145/13
1	Geburtsdatum	30.06.1953
2	Eintritt in ZVK	01.07.1992
3	fiktive StKI. Am 31.12.2001	1
4	1999 zvE (Vollzeit)	
5	2000 zvE (Vollzeit)	
6	2001 zvE (Vollzeit)	
7	gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE)	4.000,00 €
8	Gesamtbeschäftigungsquotient (GBQ)	1,00
9	gvE x GBQ	4.000,00 €
10	ZVK-Umlagesatz Arbeitgeber (AG) für NAG	6,45%
11	ZVK-Umlagesatz Arbeitnehmer (AN) für NAG	1,25%
12	Fiktive Abzüge (bei fiktiver StKI. 3 bzw. 1)	1.921,38 €
13	Fiktives Nettoarbeitentgelt (NAG)	2.078,63 €
14	NAG/GBQ	2.078,63 €
15	Höchstversorgungssatz (HVS)	0,9175
16	HVS x GBQ	0,9175
17	Gesamtversorgung (GV): = NAG x HVS x GBQ	1.907,14 €
18	fiktive gesetzl. Näherungsrente (NR)	1.553,71 €
19	Voll-Leistung (VL)	353,42 €
20	PFL-Versicherung (von-bis)	01.7.1992-31.12.2001
21	davon Pflichtvers. in Jahren (PFL)	9,50
22	Versorgungssatz(VS):= PFL x 2,25 v.H	0,2138
23	Betriebsrente aus Voll-Leistung: VL x VS	75,56 €
24	Mindestrente	129,60 €
25	Formelbetrag §18 Abs2 Nr. 1 u. 2 BetrAVG	75,56 €
26	Mindest-STG (soziale Komponenten) in €	0,00 €
27	Startgutschrift zum 31.12.2001 in EUR	129,60 €
28	=Maximum aus Mindestrente, Formelbetrag	
29	und Mindest-Startgutschrift	
30	Startgutschrift zum 31.12.2001 in VP	32,40
31	gvZ (Jahre)	37,00
32	m (Jahre)	9,50
33	n (Jahre)	26,00
34	m/n	36,54%
35	m/n - 7,5	29,04%
36	m x 2,25%	21,38%
37	Maximum aus m*2,25% und m/n-7,5	29,04%
38	NVS=gvZ x 2,294% x GBQ	84,88%
39	NVS ungekürzt x GBQ	91,75%
40	pers. NGV	1.764,33 €
41	pers. Voll-Leistung	210,62 €
42	Formelbetrag(neu)	61,16 €
43		
44	Formelbetrag(alt)	75,56 €
45	STG(neu) = Maximum von STG(alt) und Formelbetrag(neu)	129,60 €

Tabelle 9: Kürzung des Nettoversorgungssatzes im Klagefall  
(geschätzt)

## 1.2.2. Modifikationen des Klagefalls

### Annahmen:

- Geburtsdatum: 30.06.1953
- Renten-Eintritt: 01.07.2018
- gvE: **4.000 €**

### Variation: VBL-Eintrittsdatum vom 01.7.1992 bis 01.07.2001

Lfd.Nr.											
1	Geb. Datum	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953
2	Renteneintritt	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018
3	ZVK-Eintritt	01.07.1992	01.07.1993	01.07.1994	01.07.1995	01.07.1996	01.07.1997	01.07.1998	01.07.1999	01.07.2000	01.07.2001
4	Eintrittsalter	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48
5	gvZ (Jahre)	37,00	36,50	36,00	35,50	35,00	34,50	34,00	33,50	33,00	32,50
6	m (Jahre)	9,50	8,50	7,50	6,50	5,50	4,50	3,50	2,50	1,50	0,50
7	n (Jahre)	26,00	25,00	24,00	23,00	22,00	21,00	20,00	19,00	18,00	17,00
8	m/n	36,54%	34,00%	31,25%	28,26%	25,00%	21,43%	17,50%	13,16%	8,33%	2,94%
9	m/n - 7,5	29,04%	26,50%	23,75%	20,76%	17,50%	13,92%	10,00%	5,65%	0,83%	-4,55%
10	m x 2,25%	21,38%	19,13%	16,88%	14,63%	12,38%	10,13%	7,88%	5,63%	3,38%	1,13%
11	Maximum aus m*2,25% und m/n-7,5	29,04%	26,50%	23,75%	20,76%	17,50%	13,92%	10,00%	5,65%	3,38%	1,13%
12	NVS=gvZ x 2,294% x GBQ	84,87%	83,73%	82,58%	81,43%	80,29%	79,14%	77,99%	76,84%	75,70%	74,55%
13	NVS ungekürzt x GBQ	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%
14	Mindestrente	129,60 €	126,84 €	113,60 €	100,33 €	86,64 €	72,73 €	58,72 €	44,52 €	30,00 €	15,17 €
15	Mindest-STG	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
16	Formelbetrag(alt)	75,55 €	67,59 €	59,65 €	51,69 €	43,74 €	35,79 €	27,84 €	19,89 €	11,93 €	3,98 €
17	STG(alt)	129,60 €	126,84 €	113,60 €	100,33 €	86,64 €	72,73 €	58,72 €	44,52 €	30,00 €	15,17 €
18	gvE (Vollzeit)	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €
19	Vollzeitnetto (StKI I)	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €
20	NR	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €
21	GBQ	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
22	pers. NGV	1.764,13 €	1.740,43 €	1.716,53 €	1.692,62 €	1.668,93 €	1.645,02 €	1.621,12 €	1.597,21 €	1.573,52 €	1.549,61 €
23	pers. Voll-Leistung	210,42 €	186,72 €	162,82 €	138,91 €	115,22 €	91,31 €	67,41 €	43,50 €	19,81 €	-4,10 €
24	Formelbetrag(neu)	61,11 €	49,48 €	38,67 €	28,84 €	20,16 €	12,71 €	6,74 €	2,46 €	0,67 €	-0,05 €
25											
26	Formelbetrag(alt)	75,55 €	67,59 €	59,65 €	51,69 €	43,74 €	35,79 €	27,84 €	19,89 €	11,93 €	3,98 €
27	STG(neu) = Maximum von STG(alt) und Formelbetrag(neu)	129,60 €	126,84 €	113,60 €	100,33 €	86,64 €	72,73 €	58,72 €	44,52 €	30,00 €	15,17 €

**Tabelle 10:** Abhängigkeit der persönl. Voll-Leistung von Jahrgang, Eintrittsalter, gvE  
VBL-Eintrittsalter variabel (Jahrgang 1953, gvE 4.000 €)

### Legende:

m = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre  
n = Anzahl der bis zum Rentenbeginn theoretisch erreichbaren Pflichtversicherungsjahre  
gvE = gesamtversorgungsfähiges Entgelt (Stichtag 31.12.2001)  
gvZ = gesamtversorgungsfähige Zeit (unter Einschluss der hälftigen Zeiten ab dem 17. LJ)  
Netto = Nettogehalt (StKI. I) zum gvE (Stichtag 31.12.2001)  
NVS ungekürzt = Nettoversorgungssatz 91,75 % des Nettogehalts  
NVS (ggf. gekürzt) = gvZ x 2,294 %  
NR = fiktive gesetzliche Rente nach Näherungsverfahren  
STG (alt) = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne  
pers. NGV = persönliche Nettogesamtversorgung = Netto x NVS = Netto x (gvZ x 2,294 %)  
pers. Voll-Leistung = pers. NGV minus NR  
Formelbetrag(neu) = pers. Voll-Leistung x (Maximum aus m x 2,25% und m/n - 7,5)  
Formelbetrag(alt) = [Netto x (NVS ungekürzt) minus NR] x m x 2,25 %

### Ergebnis:

Ab Eintrittsalter 48 Jahre wird die persönliche Voll-Leistung negativ!



## Annahmen:

- Geburtsdatum: 30.06.1953
- Renten-Eintritt: 01.07.2018
- gvE: **3.500 €**

## Variation: VBL-Eintrittsdatum vom 01.7.1992 bis 01.07.2001

Lfd.Nr.											
1	Geb. Datum	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953	30.06.1953
2	Renteneintritt	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018	01.07.2018
3	ZvK-Eintritt	01.07.1992	01.07.1993	01.07.1994	01.07.1995	01.07.1996	01.07.1997	01.07.1998	01.07.1999	01.07.2000	01.07.2001
4	Eintrittsalter	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48
5	gvZ (Jahre)	37,00	36,50	36,00	35,50	35,00	34,50	34,00	33,50	33,00	32,50
6	m (Jahre)	9,50	8,50	7,50	6,50	5,50	4,50	3,50	2,50	1,50	0,50
7	n (Jahre)	26,00	25,00	24,00	23,00	22,00	21,00	20,00	19,00	18,00	17,00
8	m/n	36,54%	34,00%	31,25%	28,26%	25,00%	21,43%	17,50%	13,16%	8,33%	2,94%
9	m/n - 7,5	29,04%	26,50%	23,75%	20,76%	17,50%	13,92%	10,00%	5,65%	0,83%	-4,55%
10	m x 2,25%	21,38%	19,13%	16,88%	14,63%	12,38%	10,13%	7,88%	5,63%	3,38%	1,13%
11	Maximum aus m*2,25% und m/n-7,5	29,04%	26,50%	23,75%	20,76%	17,50%	13,92%	10,00%	5,65%	3,38%	1,13%
12	NVS=gvZ x 2,294% x GBQ	84,87%	83,73%	82,58%	81,43%	80,29%	79,14%	77,99%	76,84%	75,70%	74,55%
13	NVS ungekürzt x GBQ	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%
14	Mindestrente	122,03 €	110,99 €	99,40 €	87,79 €	75,81 €	63,64 €	51,38 €	38,96 €	26,25 €	13,28 €
15	Mindest-STG	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
16	Formelbetrag(alt)	53,08 €	47,49 €	41,91 €	36,32 €	30,73 €	25,15 €	19,56 €	13,97 €	8,39 €	2,80 €
17	STG(alt)	122,03 €	110,99 €	99,40 €	87,79 €	75,81 €	63,64 €	51,38 €	38,96 €	26,25 €	13,28 €
18	gvE (Vollzeit)	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €
19	Vollzeitnetto (StKI I)	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €
20	NR	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €
21	GBQ	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
22	pers. NGV	1.589,17 €	1.567,82 €	1.546,29 €	1.524,76 €	1.503,41 €	1.481,88 €	1.460,34 €	1.438,81 €	1.417,46 €	1.395,93 €
23	pers. Voll-Leistung	119,49 €	98,14 €	76,61 €	55,08 €	33,73 €	12,20 €	-9,34 €	-30,87 €	-52,22 €	-73,75 €
24	Formelbetrag(neu)	34,70 €	26,01 €	18,19 €	11,43 €	5,90 €	1,70 €	-0,93 €	-1,74 €	-1,76 €	-0,83 €
25											
26	Formelbetrag(alt)	53,08 €	47,49 €	41,91 €	36,32 €	30,73 €	25,15 €	19,56 €	13,97 €	8,39 €	2,80 €
27	STG(neu) = Maximum von STG(alt) und Formelbetrag(neu)	122,03 €	110,99 €	99,40 €	87,79 €	75,81 €	63,64 €	51,38 €	38,96 €	26,25 €	13,28 €

**Tabelle 11:** Abhängigkeit der persönl. Voll-Leistung von Jahrgang, Eintrittsalter, gvE VBL-Eintrittsalter variabel (Jahrgang 1953, gvE 3500 €)

### Legende:

m = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre

n = Anzahl der bis zum Rentenbeginn theoretisch erreichbaren Pflichtversicherungsjahre

gvE = gesamtversorgungsfähiges Entgelt (Stichtag 31.12.2001)

gvZ = gesamtversorgungsfähige Zeit (unter Einschluss der hälftigen Zeiten ab dem 17. LJ)

Netto = Nettogehalt (StKI. I) zum gvE (Stichtag 31.12.2001)

NVS ungekürzt = Nettoversorgungssatz 91,75 % des Nettogehalts

NVS (ggf. gekürzt) = gvZ x 2,294 %

NR = fiktive gesetzliche Rente nach Näherungsverfahren

STG (alt) = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne

pers. NGV = persönliche Nettogesamtversorgung = Netto x NVS = Netto x (gvZ x 2,294 %)

pers. Voll-Leistung = pers. NGV minus NR

Formelbetrag(neu) = pers. Voll-Leistung x (Maximum aus m x 2,25% und m/n - 7,5)

Formelbetrag(alt) = [Netto x (NVS ungekürzt) minus NR] x m x 2,25 %

## Ergebnis:

Ab Eintrittsalter 45 Jahre wird die persönliche Voll-Leistung negativ!

## Annahmen:

- Geburtsdatum: 30.06.1948 (statt 1953)
- Renten-Eintritt: 01.07.2013
- gvE: **4.000 €**

## Variation: VBL-Eintrittsdatum vom 01.7.1992 bis 01.07.2001

Lfd.Nr.											
1	Geb. Datum	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948
2	Renteneintritt	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013
3	ZVK-Eintritt	01.07.1992	01.07.1993	01.07.1994	01.07.1995	01.07.1996	01.07.1997	01.07.1998	01.07.1999	01.07.2000	01.07.2001
4	Eintrittsalter	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53
5	gvZ (Jahre)	34,50	34,00	33,50	33,00	32,50	32,00	31,50	31,00	30,50	30,00
6	m (Jahre)	9,50	8,50	7,50	6,50	5,50	4,50	3,50	2,50	1,50	0,50
7	n (Jahre)	21,00	20,00	19,00	18,00	17,00	16,00	15,00	14,00	13,00	12,00
8	m/n	45,24%	42,50%	39,47%	36,11%	32,35%	28,13%	23,33%	17,86%	11,54%	4,17%
9	m/n - 7,5	37,74%	35,00%	31,97%	28,61%	24,85%	20,62%	15,83%	10,35%	4,03%	-3,33%
10	m x 2,25%	21,38%	19,13%	16,88%	14,63%	12,38%	10,13%	7,88%	5,63%	3,38%	1,13%
11	Maximum aus m*2,25% und m/n-7,5	37,74%	35,00%	31,97%	28,61%	24,85%	20,62%	15,83%	10,35%	4,03%	1,13%
12	NVS=gvZ x 2,294% x GBQ	79,14%	77,99%	76,84%	75,70%	74,55%	73,40%	72,26%	71,11%	69,96%	68,82%
13	NVS ungekürzt x GBQ	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%
14	Mindestrente	129,60 €	126,84 €	113,60 €	100,33 €	86,64 €	72,73 €	58,72 €	44,52 €	30,00 €	15,17 €
15	Mindest-STG	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
16	Formelbetrag(alt)	75,55 €	67,59 €	59,65 €	51,69 €	43,74 €	35,79 €	27,84 €	19,89 €	11,93 €	3,98 €
17	STG(alt)	129,60 €	126,84 €	113,60 €	100,33 €	86,64 €	72,73 €	58,72 €	44,52 €	30,00 €	15,17 €
18	gvE (Vollzeit)	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €
19	Vollzeitnetto (StKI I)	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €	2.078,63 €
20	NR	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €	1.553,71 €
21	GBQ	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
22	pers. NGV	1.645,24 €	1.621,12 €	1.597,21 €	1.573,52 €	1.549,61 €	1.525,71 €	1.502,01 €	1.478,11 €	1.454,20 €	1.430,51 €
23	pers. Voll-Leistung	91,53 €	67,41 €	43,50 €	19,81 €	-4,10 €	-28,00 €	-51,70 €	-75,60 €	-99,51 €	-123,20 €
24	Formelbetrag(neu)	34,54 €	23,59 €	13,91 €	5,67 €	-1,02 €	-5,77 €	-8,18 €	-7,82 €	-4,01 €	-1,39 €
25											
26	Formelbetrag(alt)	75,55 €	67,59 €	59,65 €	51,69 €	43,74 €	35,79 €	27,84 €	19,89 €	11,93 €	3,98 €
27	STG(neu) = Maximum von STG(alt) und Formelbetrag(neu)	129,60 €	126,84 €	113,60 €	100,33 €	86,64 €	72,73 €	58,72 €	44,52 €	30,00 €	15,17 €

**Tabelle 12:** Abhängigkeit der persönl. Voll-Leistung von Jahrgang, Eintrittsalter, gvE  
VBL-Eintrittsalter variabel (Jahrgang 1948, gvE 4.000 €)

### Legende:

m = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre  
n = Anzahl der bis zum Rentenbeginn theoretisch erreichbaren Pflichtversicherungsjahre  
gvE = gesamtversorgungsfähiges Entgelt (Stichtag 31.12.2001)  
gvZ = gesamtversorgungsfähige Zeit (unter Einschluss der hälftigen Zeiten ab dem 17. LJ)  
Netto = Nettogehalt (StKI. I) zum gvE (Stichtag 31.12.2001)  
NVS ungekürzt = Nettoversorgungssatz 91,75 % des Nettogehalts  
NVS (ggf. gekürzt) = gvZ x 2,294 %  
NR = fiktive gesetzliche Rente nach Näherungsverfahren  
STG (alt) = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne  
pers. NGV = persönliche Nettogesamtversorgung = Netto x NVS = Netto x (gvZ x 2,294 %)  
pers. Voll-Leistung = pers. NGV minus NR  
Formelbetrag(neu) = pers. Voll-Leistung x (Maximum aus m x 2,25% und m/n - 7,5)  
Formelbetrag(alt) = [Netto x (NVS ungekürzt) minus NR] x m x 2,25 %

## Ergebnis:

Ab Eintrittsalter 48 Jahre wird die persönliche Voll-Leistung negativ!

## Annahmen:

- Geburtsdatum: 30.06.1948 (statt 1953)
- Renten-Eintritt: 01.07.2013
- gvE: **3.500 €**

## Variation: VBL-Eintrittsdatum vom 01.7.1992 bis 01.07.2001

Lfd.Nr.											
1	Geb. Datum	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948	30.06.1948
2	Renteneintritt	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013	01.07.2013
3	ZVK-Eintritt	01.07.1992	01.07.1993	01.07.1994	01.07.1995	01.07.1996	01.07.1997	01.07.1998	01.07.1999	01.07.2000	01.07.2001
4	Eintrittsalter	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53
5	gvZ (Jahre)	34,50	34,00	33,50	33,00	32,50	32,00	31,50	31,00	30,50	30,00
6	m (Jahre)	9,50	8,50	7,50	6,50	5,50	4,50	3,50	2,50	1,50	0,50
7	n (Jahre)	21,00	20,00	19,00	18,00	17,00	16,00	15,00	14,00	13,00	12,00
8	m/n	45,24%	42,50%	39,47%	36,11%	32,35%	28,13%	23,33%	17,86%	11,54%	4,17%
9	m/n - 7,5	37,74%	35,00%	31,97%	28,61%	24,85%	20,62%	15,83%	10,35%	4,03%	-3,33%
10	m x 2,25%	21,38%	19,13%	16,88%	14,63%	12,38%	10,13%	7,88%	5,63%	3,38%	1,13%
11	Maximum aus m*2,25% und m/n-7,5	37,74%	35,00%	31,97%	28,61%	24,85%	20,62%	15,83%	10,35%	4,03%	1,13%
12	NVS=gvZ x 2,294% x GBQ	79,14%	77,99%	76,84%	75,70%	74,55%	73,40%	72,26%	71,11%	69,96%	68,82%
13	NVS ungekürzt x GBQ	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%	91,75%
14	Mindestrente	122,03 €	110,99 €	99,40 €	87,79 €	75,81 €	63,64 €	51,38 €	38,96 €	26,25 €	13,28 €
15	Mindest-STG	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
16	Formelbetrag(alt)	53,08 €	47,49 €	41,91 €	36,32 €	30,73 €	25,15 €	19,56 €	13,97 €	8,39 €	2,80 €
17	STG(alt)	122,03 €	110,99 €	99,40 €	87,79 €	75,81 €	63,64 €	51,38 €	38,96 €	26,25 €	13,28 €
18	gvE (Vollzeit)	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €
19	Vollzeitnetto (StKI I)	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €	1.872,48 €
20	NR	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €	1.469,68 €
21	GBQ	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
22	pers. NGV	1.481,94 €	1.460,34 €	1.438,81 €	1.417,46 €	1.395,93 €	1.374,40 €	1.353,05 €	1.331,52 €	1.309,98 €	1.288,64 €
23	pers. Voll-Leistung	12,26 €	-9,34 €	-30,87 €	-52,22 €	-73,75 €	-95,28 €	-116,63 €	-138,16 €	-159,70 €	-181,04 €
24	Formelbetrag(neu)	4,63 €	-3,27 €	-9,87 €	-14,94 €	-18,33 €	-19,65 €	-18,46 €	-14,30 €	-6,44 €	-2,04 €
25											
26	Formelbetrag(alt)	53,08 €	47,49 €	41,91 €	36,32 €	30,73 €	25,15 €	19,56 €	13,97 €	8,39 €	2,80 €
27	STG(neu) = Maximum von STG(alt) und Formelbetrag(neu)	122,03 €	110,99 €	99,40 €	87,79 €	75,81 €	63,64 €	51,38 €	38,96 €	26,25 €	13,28 €

**Tabelle 13:** Abhängigkeit der persönl. Voll-Leistung von Jahrgang, Eintrittsalter, gvE VBL-Eintrittsalter variabel (Jahrgang 1948, gvE 3.500 €)

### Legende:

m = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre  
n = Anzahl der bis zum Rentenbeginn theoretisch erreichbaren Pflichtversicherungsjahre  
gvE = gesamtversorgungsfähiges Entgelt (Stichtag 31.12.2001)  
gvZ = gesamtversorgungsfähige Zeit (unter Einschluss der hälftigen Zeiten ab dem 17. LJ)  
Netto = Nettogehalt (StKI. I) zum gvE (Stichtag 31.12.2001)  
NVS ungekürzt = Nettoversorgungssatz 91,75 % des Nettogehalts  
NVS (ggf. gekürzt) = gvZ x 2,294 %  
NR = fiktive gesetzliche Rente nach Näherungsverfahren  
STG (alt) = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne  
pers. NGV = persönliche Nettogesamtversorgung = Netto x NVS = Netto x (gvZ x 2,294 %)  
pers. Voll-Leistung = pers. NGV minus NR  
Formelbetrag(neu) = pers. Voll-Leistung x (Maximum aus m x 2,25% und m/n - 7,5)  
Formelbetrag(alt) = [Netto x (NVS ungekürzt) minus NR] x m x 2,25 %

## Ergebnis:

Ab Eintrittsalter 45 Jahre wird die persönliche Voll-Leistung negativ!

### 1.2.3. Einordnung des Klagefalles

Lassen sich der vorliegende Klagefall und die in den vorigen Kapitelabschnitten vorgenommenen Modifikationen des Klagesfalls systematisch einordnen bezüglich der Auswirkungen der Kürzungen des persönlichen Nettoversorgungssatzes für Späteinsteiger (und der Nichtkürzung der fiktiven gesetzlichen Näherungsrente) oder bildet die Klägerin eine singuläre Ausnahme, aus deren Klagefall nichts geschlossen werden kann?

Die Modifikationen des Klagesfalls bezüglich des gesamtversorgungsfähigen Entgelts und des Eintrittsalters, um ggf. auch negative Voll-Leistungen aufzudecken, lassen sich gemäß der Systemfehlerstudie von Fischer/Siepe<sup>9</sup> sehr wohl systematisch einordnen.

Aus den Tabellen des Kapitels 1.2.2 ist unmittelbar zu entnehmen:

Tabelle	gvE	Jahrgang	ab Eintrittsalter
Tabelle 10	4.000 €	1953	48
Tabelle 11	3.500 €	1953	45
Tabelle 12	4.000 €	1948	48
Tabelle 13	3.500 €	1948	45

#### Tabelle 14: Tabelle: Negative Voll-Leistungen bei Modifikation des Klagefalles

Die Feststellungen der Tabelle 14 sind gemäß Tabelle 15 (bzw. visualisiert in Abbildung 2) übereinstimmend systematisch einzuordnen in bestimmte Gruppen von alleinstehenden spät eingestiegenen Rentenfernern.

Eintrittsalter	gesamtversorgungsfähiges Entgelt von .... € bis .... €	Voll-Leistung
43 Jahre	3.100 bis 3.200 €	negativ
44 Jahre	3.000 bis 3.300 €	negativ
45 Jahre	2.800 bis 3.500 €	negativ
46 Jahre	2.700 bis 3.600 €	negativ
47 Jahre	2.500 bis 3.800 €	negativ
48 Jahre	2.400 bis 4.000 €	negativ
49 Jahre	2.300 bis 4.100 €	negativ

#### Tabelle 15: Negative Voll-Leistungen bei alleinstehenden Durchschnitts- und Höherverdienern mit Eintrittsalter ab 43 Jahre

Wieso entstehen negative Voll-Leistungen?

Wir haben einige untereinander in Beziehung stehende Größen zu beachten:

gvZ = gesamtversorgungsfähige Zeit

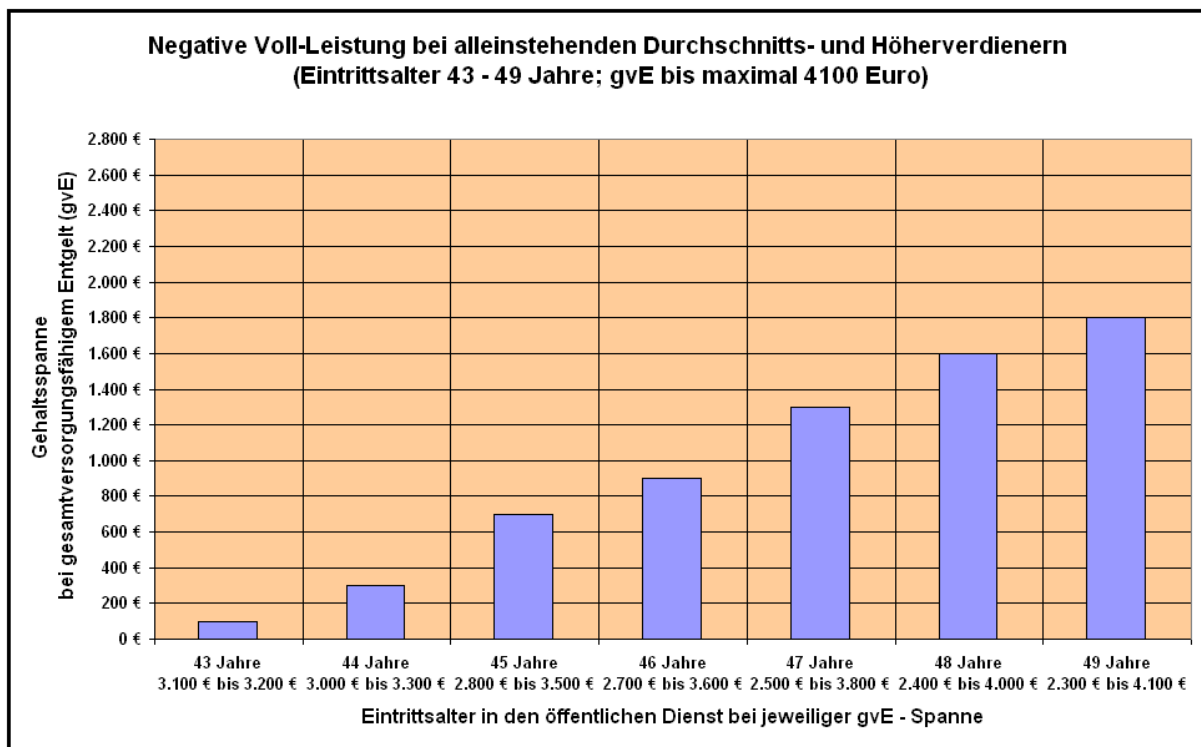
NVS ungekürzt = Nettoversorgungssatz 91,75 % des Nettogehalts

NVS (ggf. gekürzt) = gvZ x 2,294 %

NR = fiktive gesetzliche Rente nach Näherungsverfahren

<sup>9</sup> a.a.O.

pers. NGV = persönliche Nettogesamtversorgung = Netto x NVS = Netto x (gvZ x 2,294 %)  
 pers. Voll-Leistung = pers. NGV minus NR



**Abbildung 2: Negative Voll-Leistung bei bestimmten ledigen Verdienern**

Bei Alleinstehenden wird die Nettogesamtversorgung (d.h. das fiktive Vollzeit-Nettoarbeitsentgelt) sehr stark gekürzt (gegenüber Verheirateten mit Steuerklasse III) wegen der stark zunehmenden Steuerprogression in Lohnsteuerklasse I, dass sie (die Nettogesamtversorgung) sogar ggf. unter der Nährungsrente liegt und die neue Voll-Leistung somit negativ wird.

Mit zunehmendem Eintrittsalter nimmt die persönliche gekürzte Nettogesamtversorgung (pers. NGV) ab bis sie unter die nicht gekürzte fiktive gesetzliche Nährungsrente fällt. Das führt dann aber zu einer negativen persönlichen Voll-Leistung.

Eine „negative Voll-Leistung“ ist aber ein Widerspruch in sich.

Dies beweist am deutlichsten, dass die Berechnungsgrundlage in § 33 Abs. 1a Ziffer 2 ATV schlichtweg fehlerhaft ist. Bei **fehlerfreien** Zuschlagsregelungen könnte es gar keine „**negative Voll-Leistung**“ geben!

Die negative Voll-Leistung wird nur durch die alte Startgutschrift als sogenannter „**Bestandschutz**“ abgefangen!

Im Übrigen existiert bei der bisherigen, vom BGH (in seinem Urteil vom 14.11.2007 (Az. IV ZR 74/06, RdNr. 149) in einem Detailpunkt (Höhe des Anteilssatzes von 2,25 % bei Rentenfernen mit längerer Ausbildung) als verfassungswidrig eingestuftem Regelung in § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG kein einziger denkbarer Fall, in dem die Voll-Leistung negativ werden könnte. Grund: Die Nettogesamtversorgung in Höhe von

91,75 % des fiktiven Nettoarbeitsentgelts liegt immer über der Nahrungsrente, so dass die Voll-Leistung zumindest immer positiv ausfällt.

Genau dies ist aber im Sonderfall der alleinstehenden Späteinsteiger nach der Sonderregelung in § 33 Abs. 1a Ziffer 2 ATV nicht gewährleistet. Durch den gekürzten Nettoversorgungssatz wird die Nettogesamtversorgung so stark gekürzt, dass sie in den genannten Fällen unter der Nahrungsrente liegt und damit die Voll-Leistung ins Minus gerät (siehe obige Tabelle 15 und Abbildung 2). Fast überflüssig zu erwähnen, dass dadurch auch der anteilige Formelbetrag bzw. die fiktive neue Startgutschrift negativ würde.

Was ist eigentlich im vergleichbaren Fall bei Verheirateten zu berichten?

Dazu die Systemfehler-Studie<sup>10</sup> (Kapitel 1.4) der Autoren Fischer/Siepe:

Verheiratete Durchschnitts- und Höherverdiener mit einem Eintrittsalter von 41 bis 49 Jahren und einem gesamtversorgungsfähigen Entgelt bis zu 4.700 € im Jahr 2001 erhalten keinen Zuschlag auf ihre bisherige Startgutschrift.

Während verheiratete Höherverdiener bis zu einem gesamtversorgungsfähigen Entgelt von beispielsweise 4.000 € (Eintrittsalter 46 Jahre) bzw. 4.700 € (Eintrittsalter 49 Jahre) leer ausgehen, kommen verheiratete Spitzenverdiener ab einem gesamtversorgungsfähigen Entgelt von zum Beispiel 5.300 € (Eintrittsalter 45 bis 47 Jahre) bzw. 5.600 € (Eintrittsalter von 49 Jahren) in den Genuss besonders hoher Zuschläge von mehr als 25 % auf ihre bisherige Startgutschrift.

Die teilweise sehr hohen Zuschläge in Euro und in Prozent der bisherigen Startgutschrift sind nur durch die völlig verunglückte Sonderregelung nach § 33 Abs. 1a Nr. 2 ATV zu erklären. Diese hat zur Folge, dass sich die Kürzung des Nettoversorgungssatzes und der Nettogesamtversorgung bei Spitzenverdiensten nicht mehr so stark auswirkt, da ja die Nahrungsrente nicht mehr steigt und bei 1.600,50 € (wegen der Beitragsbemessungsgrenze von 8.700 DM in 2001 der gesetzlichen Rentenversicherung) festgezurr wird. Die relativ geringe Kürzung der Voll-Leistung kann daher überproportional durch die Erhöhung des Anteilssatzes ausgeglichen werden. Die Erhöhung des Anteilssatzes fällt bei Spitzenverdienern – im Gegensatz zu den Durchschnitts- und Höherverdienern – viel stärker ins Gewicht als die Kürzung der Voll-Leistung.

---

<sup>10</sup> a.a.O.

## 2. Ausgewählte Anmerkungen zum LG-Urteil

Das Urteil des Landgerichts Karlsruhe (Az: 6 O 145/13) vom 28.02.2014 bezieht Stellung zu den von der Klägerin angemahnten Klagepunkten.

Inwieweit die dort vorgebrachte gerichtliche Argumentation bei anderen Klageverfahren zu den Vergleichsberechnungen (Zuschlagsberechnungen) rentenferner Versicherter anwendbar bzw. tragfähig ist und bleibt, ist abzuwarten.

Die Autoren beschränken sich auf Anmerkungen zu einigen Randnummern des Urteils.

Dazu wird in Kapitel 2.1 zunächst die Struktur des Urteils des Landgerichts in Stichworten tabellarisch dargestellt.

In Kapitel 2.2 werden zu einigen Randnummern Anmerkungen gemacht.

### 2.1. Struktur des LG-Urteils

Randnummern	Stichworte
1-20	Beschreibung des Tatbestands: Umstellung von der Gesamtversorgung auf ein Versorgungspunktesystem
21-31	Klageanträge und deren Begründung
32-34	Klageabweisung durch beklagte VBL
39-42	Tarifautonomie, Einschätzungsprärogative
43-46	Beschreibung der früheren Finanzlage der VBL; Finanzierbarkeit der Zusatzversorgung
47-52	Hinweise auf BVerfG-Urteil 1 BvR 1136/96: Halbanrechnung Komplexität der VBLS a.F.
53-56	Freiheit der Tarifparteien, <i>wann</i> und <i>wie</i> sie in ihre Versorgungswerk eingreifen
57-75	Erörterungen, ob bei der Satzungsänderung gegen höherrangiges Recht verstoßen wurde
76-81	Beschreibung des Vergleichsmodells (Zuschlagsverfahren)
82	Feststellung des Gerichts: Die Vorgaben des BGH-Urteils IV ZR 74/06 sind umgesetzt
83-84	Günstigkeitsbetrachtungen bezüglich § 18 und § 2 BetrAVG
85	Hinweise auf Artikel von Hebler und Hügelschäffer
86	Nicht jede Einzel-Ungleichbehandlung muss beseitigt werden

87-88	Kurzstellungnahme zum Urteil 23 O 144/13 des LG Berlin vom 22.01.2014 Es ist weder vom BGH gefordert, noch von den Tarifparteien bezweckt, noch verfassungsrechtlich gefordert, sämtlichen Angehörigen bestimmter Jahrgangsguppen einen Zuschlag zu gewähren. Gleichheitsverstoß nicht im Ansatz erkennbar.
89-106	Beschreibung des Näherungsverfahrens zur pauschalen Ermittlung der gesetzlichen Rente
107-113	Näherungsverfahren: Gleichheitsgrundsatz nicht verletzt
114	Betrachtung zur Betriebsrente im Rentenfall: Startgutschrift plus Punkterente ab 2002
115-117	Kein Gleichheitsverstoß bei Erwerbsbiographien von Frauen
118	Positive Bewertung der Neuregelung in der 17./18. SÄ der VBLS n.F.
119	Nach Auswertung aktueller Klagefälle: Im Rentenfall ist die Näherungsrente günstiger als die reale gesetzliche Rente
120-121	Näherungsverfahren: Grenzen der Typisierung und Generalisierung bei Massenerscheinungen nicht überschritten
122-131	Erörterungen zum Vergleich: Beamtentum - Angestelltenstatus im ö.D. – Privatwirtschaft
132-135	keine Geschlechter-Diskriminierung
136-140	Kein Verstoß gegen Europarecht
141-144	Härtefallüberlegungen

Tabelle 16: Randnummern mit Stichworten zum Urteil 6 O 145/13

## 2.2. Einige Anmerkungen zum LG-Urteil

### 2.2.1. RdNr. 43-46: Finanzierbarkeit der Zusatzversorgung

Die frühere und aktuelle Finanzierbarkeit der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes ist immer wieder Streitpunkt zwischen Anwälten der Kläger, beklagten Zusatzversorgungskassen und Gerichten.

Die beklagten Zusatzversorgungskassen und auch die Gerichte beziehen sich dabei auf Prognosen der Versorgungsberichte der Bundesregierung.



## **Einschätzung z.B. aus Klägeranwaltsicht<sup>11</sup>:**

*„Die VBL hat mit der Behauptung, ihre finanzielle Situation wäre bedrohlich und sie stünde kurz vor dem Kollaps, im Jahre 2000 auf eine vollständige Umstellung des Systems auf die Kapitaldeckung und die Ermittlung von Startgutschriften hingewirkt nach einem ungünstigen Berechnungsprinzip für ausgeschiedene Mitarbeiter gem. § 18 BetrAVG. Die Milliardenverluste, die auch in Gutachten angekündigt waren, haben sich jedoch in den Jahren 2001 ff. nicht realisiert, sondern ein stetiger Anstieg des Vermögens der VBL um ca. 1 Milliarde Euro jährlich hat stattgefunden von 6 Milliarden Euro in 2001 auf 13 Milliarden Euro in 2007.*

*Die Ursache dieser Fehlkalkulation wäre sachverständig herauszuarbeiten und gegebenenfalls tarifrechtlich zu korrigieren. Zudem wäre zu differenzieren zwischen der VBL und den besser gestellten anderen Zusatzversorgungskassen.*

*Die Heraufsetzung der Altersgrenzen seit 2000 führte zu einem Abfall der Neuverrentungsfälle bei der VBL von ca. 48.000 für 1999 im Tarifgebiet West auf ca. 33.000 im Jahre 2006. Allein hierin liegt eine Einsparung zwischen 2002 und 2007 von ca. 1 Milliarde Euro. Die Heraufsetzung der Altersgrenzen war hierfür die entscheidende Ursache.*

*Weitere Entlastungsursachen für niedrigere Renten sind die Fortwirkung der Linearisierungsregelung in § 98 Abs. 5 VBLS a.F. für rentennahe Jahrgänge, die höhere Scheidungsquote, geringere Kinderanzahl und die umfangreichen Abschläge bei vorzeitiger Verrentung und auch bei Erwerbsminderungsrenten. Das Einsparungsvolumen diesbezüglich ist bisher nie genau abgeschätzt worden. Dies bedarf der nachträglichen Aufklärung durch Sachverständige.*

*Auch die früheren Verluste der VBL von 1992 - 2000 in Höhe von ca. 4 - 6 Milliarden Euro durch grundlegende, teilweise politische Handlungen bedürfen in ihrem Umfange der Aufklärung. Zu nennen ist zunächst die Frühverrentungswelle bei der Bundeswehr in den Jahren 1992 ff., die dazu führte, dass z.B. im Jahre 1999 ein Fehlbetrag zwischen Einnahmen aus Beiträgen und Umlagen und Ausgaben für Rentner der Bundeswehr in einem Umfange von mehr als 400 Millionen DM jährlich vorlag. Auch hat die VBL – ohne Gegenwertleistung - die ca. 70.000 Versicherungsrenten von Lufthansa-Mitarbeitern übernommen, die nach der Privatisierung, also ab dem 01.01. 1995, verrentet wurden und werden, zuzüglich Witwenrenten. Der Umfang dieser Überbürdung von Privatisierungslasten auf die Versichertengemeinschaft der VBL wäre zu klären. Hier liegt die wahre Ursache für den nur bei der VBL vorhandenen Vermögensabbau von 1995 - 1999.“*

## **Einschätzung der Autoren Fischer/Siepe:**

Die Gerichte unterziehen die Aussagen der Prognosen in den Versorgungsberichten keiner weiteren kritischen sachlogischen Überprüfung.

Die bis ins Jahr 2040-2050 reichenden Prognosen der Versorgungsberichte basieren bzgl. der VBL auf Hochrechnungen des wohl für die VBL tätigen Aktuarbüros Bode/Grabner/Beyer (später Aon/Hewitt).

Voraus- und Modellrechnungen für künftige Versorgungsausgaben in den früheren und aktuellen Versorgungsberichten der Bundesregierung wurden bisher von der VBL und den öffentlichen Arbeitgebern genutzt, um vor einer angeblich dramatischen Steigerung bei den künftigen Ausgaben für die Zusatzrenten der VBL West zu warnen.

---

<sup>11</sup> [http://www.ra-mathies.de/dateien/neuregelungsmoeglichkeiten\\_zv.pdf](http://www.ra-mathies.de/dateien/neuregelungsmoeglichkeiten_zv.pdf)

Es hat sich nach Ansicht<sup>12</sup> der Autoren Fischer/Siepe gezeigt:

Die Hochrechnung der Versorgungsausgaben von überhöhten durchschnittlichen Entgeltsteigerungen führt zu **überhöhten und realitätsfremden Prognosezahlen**. Insgesamt erscheinen die Vorschaurechnungen in den Versorgungsberichten der Bundesregierung zeitfern, realitätsfremd und teilweise willkürlich. Die Berechnungen sind aus finanz- und versicherungsmathematischer Sicht nicht plausibel.

Die in den Versorgungsberichten der Bundesregierung veröffentlichten Hochrechnungen sollten daher nicht unkritisch als „Beweise“ für „tatsächliche“ Finanzierungsprobleme der Zusatzversorgungskasse VBL übernommen werden. Das gilt auch für den oft zitierten 2. Versorgungsbericht der Bundesregierung<sup>13</sup> und spätere Versorgungsberichte der Bundesregierung.

Denn aus aktuellen und zurückliegenden statistischen Teilen des VBL-Geschäftsberichts ist zu folgern:

Die bisherigen Prognosen über die **Versorgungsausgaben der VBL** sind viel zu hoch gegriffen. Im Jahr 2010 lagen beispielsweise die tatsächlichen Versorgungsausgaben in Höhe von 4,5 Milliarden Euro um rund 9 Prozent unter den noch im Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005 prognostizierten 4,9 Milliarden Euro. Gegenüber dem Jahr 2002 sind die Versorgungsausgaben nur um rund 22 Prozent gestiegen und nicht, wie prognostiziert, um über 30 Prozent.

Die Ausgaben für Versicherungsrenten im engeren Sinne (also nur Versichertenrenten aus aktiver Pflichtversicherung) erhöhten sich von 2002 bis 2010 nur um knapp 11 Prozent bzw. durchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr.

Spätestens ab dem Jahr 2012 ist mit einem Stillstand oder sogar einem Rückgang der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2015 zu rechnen, bevor dann die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Die Gründe für konstante oder gar sinkende Versorgungsausgaben in den Jahren 2012 bis 2015 liegen vor allem in sinkenden Rentenzahlbeträgen für die Rentenneuzugänge der ehemals rentenfernen Jahrgänge ab 1947 sowie dem Wegfall der vorgezogenen Altersgrenze mit vollendetem 60. Lebensjahr für Frauen, wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit für alle Jahrgänge ab 1952. Hinzu kommt für alle Jahrgänge ab 1947 noch die stufenweise Heraufsetzung der Regelaltersgrenze.

Hauptgrund für die Fehlprognosen der letzten Jahre ist vor allem die zu hoch geschätzte **Anzahl der Rentner bei der VBL West**. Die tatsächliche Zahl der Versicherungsrentner lag im Jahr 2010 mit 1,04 Millionen um rund 12 Prozent unter den von der Bundesregierung im Jahr 2005 geschätzten insgesamt 1,19 Millionen.

---

<sup>12</sup> <http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2009-2.pdf>  
<http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2010.pdf>  
<http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2011.pdf>  
<http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2012.pdf>  
<http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2013.pdf>

<sup>13</sup> BT-Drucksache 14/7220 vom 19.10.2001  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/072/1407220.pdf>

Gegenüber 2002 ist die Zahl der Rentner insgesamt nur um knapp 10 Prozent bzw. durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr gestiegen und damit deutlich geringer als die prognostizierten 22 Prozent insgesamt bzw. 2,9 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Die Gefahr von **Fehlinterpretationen der Voraus- und Modellberechnungen** ist besonders bei interessierter Seite wie der VBL und den öffentlichen Arbeitgebern (insbes. Bundesinnenministerium und Tariftgemeinschaft deutscher Länder) gegeben. Die Hochrechnungen laut Versorgungsbericht mit hohen prognostizierten Entgeltvarianten werden nur allzu gern als Vorwand für die Forderung nach weiteren Einschnitten in die Zusatzversorgung genutzt. Aus Sicht der VBL und der öffentlichen Arbeitgeber sind zu hohe Versorgungsausgaben in der Zukunft zu vermeiden.

### 2.2.2. RdNr. 85: Bezugnahme auf Artikel von S. Hebler und H. Hügelschäffer

Es wurde bereits in der Systemfehler-Studie<sup>14</sup> der Autoren Fischer/Siepe erwähnt:

Nur in **Sonderfällen** mit einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erfolgt eine Kürzung der Voll-Leistung. Sicherlich stellen rentenferne Pflichtversicherte, die erst nach vollendetem 33. Lebensjahr in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, die Ausnahme dar. In diesem eher atypischen Fall sind also weniger als 32 Pflichtversicherungsjahre bis zum Rentenbeginn erreichbar.

Die notwendige Bedingung für einen Zuschlag wird zwar bei fast allen Späteinsteigern der Jahrgänge 1947 bis 1960 mit einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erfüllt, da der Unverfallbarkeitsfaktor auch nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten mehr oder minder deutlich über dem Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG liegt.

Allerdings wird eine hochkomplizierte Zusatzberechnung fällig, an deren Ende eine gekürzte Voll-Leistung steht, auf die dann der höhere Berechnungssatz (Unverfallbarkeitsfaktor minus 7,5 Prozentpunkte) angewandt wird.

Es ist schon erstaunlich, dass mehrere Musterberechnungen in den Fachzeitschriften ZTR<sup>15</sup> und BetrAV<sup>16</sup> sowie in der VBL-Pressemitteilung<sup>17</sup> vom 9.11.2011 genau diese Sonderfälle in den Mittelpunkt stellen. Hagen Hügelschäffer, Geschäftsführer der AKA (Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung), führt in BetrAV 7/2011 sogar nur ein einziges Berechnungsbeispiel für einen „Spätesteinsteiger“ mit 45 Jahren in den öffentlichen Dienst auf. Wie selbstverständlich wird dabei der verheiratete Familienstatus unterstellt.

---

<sup>14</sup> a.a.O.

<sup>15</sup> S. Hebler: Zusatzversorgung – Verbesserung bei den Startgutschriften für Späteinsteiger, ZTR, Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes, Heft 9/2011, 534-538

<sup>16</sup> H. Hügelschäffer: Die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst zu den Startgutschriften; BetrAV, Betriebliche Altersversorgung, Heft 7, 2011, 613 – 619

[http://portal.versorgungskammer.de/portal/pls/portal/!PORTAL.wwpob\\_page.show?\\_docname=4052122.PDF](http://portal.versorgungskammer.de/portal/pls/portal/!PORTAL.wwpob_page.show?_docname=4052122.PDF)

<sup>17</sup> VBLinfo 2/2011 zum Änderungstarifvertrag Nr.5 zum Tarifvertrag Altersversorgung:

[http://www.vbl.de/de/aktuelles/vblinfo-22011-zum-%C3%A4nderungstarifvertrag-nr5-zum-ta\\_gus0yvzx.html](http://www.vbl.de/de/aktuelles/vblinfo-22011-zum-%C3%A4nderungstarifvertrag-nr5-zum-ta_gus0yvzx.html)

Der besagte Artikel von S. Hebler aus ZTR 9/2011 wird inzwischen ungeprüft in Schriftsätzen von Anwälten der Zusatzversorgungskassen (z.B. der VBL) und auch in Gerichtsurteilen verwendet. In Schriftsätzen werden sogar für **jüngere** Rentenferne daraus Schlussfolgerungen gezogen. Die Autoren Fischer/Siepe haben im Februar 2014 zusätzlich zu ihrer grundsätzlichen Kritik<sup>18</sup> vom November 2011 an den Aussagen des ZTR-Artikels aus 9/2011 auch die dortigen Zahlenbeispiele einer rigiden Überprüfung<sup>19</sup> zu unterzogen. Auch ein Späteinsteiger-Beispiel aus einem Artikel von H. Hügelschäffer in der Zeitschrift Betriebliche Altersversorgung (BetrAV) wird kurz untersucht.

Es lässt sich nachweisen, dass die im ZTR-Artikel aus 9/2011 verwendeten beiden Zahlenbeispiele Fehler enthalten und sich wegen mangelnder Transparenz einer sofortigen Nachprüfbarkeit für Betroffene, Anwälte und Richter entziehen.

Es zeigt sich erneut, dass es für Betroffene, Anwälte und Richter sehr empfehlenswert ist, Angaben aus einschlägigen Verbandszeitschriften, Hauszeitschriften oder Büchern nicht ungeprüft zu vertrauen, vor allem dann nicht, wenn es um nicht-juristische Zahlenkonstruktionen und Schlussfolgerungen daraus geht.

Der ZTR-Artikel aus 9/2011 hält nach der bereits im November 2011 von den beiden Autoren Fischer/Siepe geäußerten Kritik<sup>20</sup> zudem auch nach Würdigung und Auswertung der Zahlenbeispiele wissenschaftlichen Standards in Bezug auf Transparenz, Korrektheit, Schlüssigkeit keinesfalls stand. Da wäre erheblich mehr Sorgfalt zu erwarten gewesen.

### **2.2.3. RdNr. 87-88: Bezugnahme auf ein Berliner Landgerichtsurteil**

Das Landgericht Karlsruhe beruft sich in seiner Argumentation lediglich auf - durchaus kritikwürdige - Literatur aus juristischen Zeitschriften bzw. Verbandszeitschriften. Frei zugängliche kritische Artikel, die auch als Schriftsätze in die Klageverfahren eingeführt wurden, sind nicht im Fokus der Überlegungen des Landgerichts Karlsruhe. Diese kritischen Artikel untersuchen sachlogisch, welche Gruppen rentenferner Versicherter durch die Neuregelungen nach der Tarifeinigung vom 30.05.2011 benachteiligt bzw. sogar von einem Zuschlag ausgeschlossen werden.

Das Landgericht Karlsruhe stellt in RdNr. 87 infrage,

*ob sich überhaupt abgrenzungsfähige Gruppen bilden lassen, da doch sowohl jüngere als auch ältere Arbeitnehmer von den streitgegenständlichen Regelungen gleichermaßen betroffen seien. In jedem Fall aber sei die Erteilung geringerer Startgutschriften an jüngere, später eintretende Arbeitnehmer systemimmanent und durch sachliche Gründe gerechtfertigt, ist doch im Regelfall zu erwarten, dass diese Arbeitnehmer über ihre weitere Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst und zum Zusatzversorgungssystem der Beklagten weitere Versorgungspunkte - denklogisch in größerer Zahl als ältere Arbeitnehmer - hinzugewinnen.*

---

<sup>18</sup> <http://www.startgutschriften-arge.de/11/WuerdigungAufsatzHebler2011.pdf>

<sup>19</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP\\_Zahlenbeispiele\\_ZTR.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Zahlenbeispiele_ZTR.pdf)

<sup>20</sup> a.a.O.

RdNr. 88:

*Soweit gegen die Neuregelung darüber hinaus vorgebracht wird, dass jeder sechste Arbeitnehmer der Jahrgänge 1947 bis 1960 keinen Zuschlag erhalte, kann dieses Argument ebenfalls nicht durchgreifen. Insoweit ist weder vorgetragen noch sonst erkennbar, dass diese Arbeitnehmer einer bestimmten, von anderen Arbeitnehmern abgrenzbaren Gruppe angehören würden. Des Weiteren war weder vom Bundesgerichtshof verlangt noch von den Tarifvertragsparteien bezweckt noch überhaupt verfassungsrechtlich gefordert, dass sämtlichen Zugehörigen bestimmter Jahrgänge ein Zuschlag zur Startgutschrift zu gewähren sei; ein Gleichheitsverstoß ist damit bereits im Ansatz nicht ersichtlich.*

Das Landgericht Berlin (Az. 23 O 144/13)<sup>21</sup> vom 22.01.2014 argumentiert da auf Seite 7 ganz anders:

*...“Durch die Neuberechnung nach dem jetzt angewandten Vergleichsmodell (§ 79 Abs. 1a VBLS; vgl. zur Berechnung: Hebler, "Zusatzversorgung: Verbesserungen bei den Startgutschriften der Späteinsteiger", in: ZTR 2011, 534 ff; Hügelschäffer, "Die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst zu den Startgutschriften", in: BetrAV 2011, 613 ff) wird dieser Mangel jedoch nur für einen Teil der rentenfernen Späteinsteiger beseitigt, nämlich für die älteren rentenfernen Späteinsteiger der Jahrgänge 1947-1958. Für diejenigen erst mit 30 Jahren in den öffentlichen Dienst eintretenden Versicherten, die ab 1959 geboren wurden, ergeben sich demgegenüber nach der Neuberechnung häufig keinerlei Zuschläge auf die Startguthaben, und das, obwohl auch ein beispielsweise 1961 geborener "Späteinsteiger", wenn er 1991 (also mit 30 Jahren) versicherungspflichtig geworden ist, zum Umstellungsstichtag (01. Januar 2002) bereits über 10 Jahre versichert gewesen ist. Dass sich diese Folge ergibt, dass also bei jüngeren Jahrgängen die in § 79 Abs. 1a S. 1 Nr. 1 S. 3 VBLS vorgesehene Verminderung des Unverfallbarkeitsfaktors um 7,5 Prozentpunkte eher dazu führt, dass sich ein Zuschlag auf den bisherigen Vomhundertsatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 S. 1 BetrAVG nicht errechnet, hat die Beklagte auf Seite 6 unten des ihr nachgelassenen Schriftsatzes vom 26. November 2013 (Bl. 80 dA) ausdrücklich zugestanden. Zu diesem Ergebnis gelangt man auch, wenn man die von Hebler in ZTR 2011, 534, 536 (r.Sp. oben) durchgeführte vereinfachte Beispielsrechnung - ansonsten unverändert - für jüngere Jahrgänge vornimmt. Damit bleibt es dabei, dass auch nach der Neuregelung für eine zwar geringere, jedoch noch immer beträchtliche Anzahl betroffener rentenferner Späteinsteiger die vom BGH gerügte ungerechtfertigte Ungleichbehandlung fortbesteht.*

*Der BGH hat sich mit seiner Kritik aber auf alle rentenfernen Späteinsteiger bezogen und nicht nur auf die „ältere Hälfte“ der rentenfernen Späteinsteiger. Dabei wäre es zwar zulässig gewesen, eine Regelung zu finden, die für unterschiedliche Altersgruppen innerhalb der rentenfernen Versicherten Zuschläge in unterschiedlicher Höhe vorsieht. Einen ganz erheblichen Teil der rentenfernen Versicherten vollständig von den vom BGH geforderten Verbesserungen auszuschließen, kann aber nicht richtig sein. Zwar bestehen als Ausfluss des Art. 9 Abs. 3 GG zu Gunsten der Tarifvertragsparteien - und damit auch zu Gunsten der Beklagten, die die tarifvertraglichen Regelungen in ihrer Satzung umsetzt, Beurteilungs- und Bewertungsspielräume. Im Rahmen dieser Einschätzungsprärogative kann eine nicht sachlich begründete Ungleichbehandlung jedoch nur hingenommen werden, wenn von ihr eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen betroffen ist und die Ungleichbehandlung nicht sehr intensiv ist (BGH, a.a.O., Rn. 61). Von einer nur verhältnismäßig geringen Zahl betroffener Personen kann jedoch nicht von einer nur verhältnismäßig geringen Zahl betroffener Personen kann jedoch nicht gesprochen werden, wenn - wie hier - ganze Jahrganggruppen von Versicherten nach wie vor von der Möglichkeit ausgeschlossen werden, den Höchstversorgungssatz zu erreichen.*

Das Berliner Landgerichtsurteil (Az. 7 O 149/13)<sup>22</sup> vom 11.02.2014 wird da noch deutlicher:

*Dabei gilt im Ausgangspunkt, dass die Satzungsbestimmungen der Beklagten ebenso wie die Normsetzung der Tarifvertragsparteien, von den Gerichten im Hinblick auf die Einhaltung der*

<sup>21</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/8/LG\\_Berlin\\_23\\_O\\_144\\_13anon.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/8/LG_Berlin_23_O_144_13anon.pdf)

<sup>22</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/8/LG\\_Berlin\\_7\\_O\\_149\\_13.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/8/LG_Berlin_7_O_149_13.pdf)



Rechtsvorschriften der Europäischen Union und auch im Hinblick auf die Einhaltung der Vorgaben des Grundgesetzes zu prüfen sind (BGH, aaO., Rn. 33-34 nach juris), wobei sich die durch Art. 9 Abs. 3 GG geschützte Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie einerseits sowie die Grundrechte der vom Tarifvertrag erfassten Personen andererseits wechselseitig begrenzen; die Grenzen sind jeweils durch einen möglichst schonenden Ausgleich unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu ermitteln (BGH, aaO., Rn. 38 nach juris)

Aus dem allgemeinen Gleichheitssatz folgt - auch für die Tarifvertragsparteien (vgl. dazu BAG. Urteil vom 27. Mai 2004 - 6 AZR 129/03, BAGE 111, 8, 16ff) - das Gebot, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln (BVerfG, Urteil vom 17. Dezember 1953 - 1 BvR 147/52, BVerfGE 3, 58, 135; seither ständige Rechtsprechung). Das Grundrecht ist verletzt, wenn sich ein vernünftiger, aus der Natur der Sache folgender oder sonst sachlich einleuchtender Grund für die jeweilige Differenzierung oder Gleichbehandlung nicht finden lässt (vgl. BVerfG, Urteil vom 23. Oktober 1951 - 2 BvG 1/51, BVerfGE 1, 14, 52 BVerfG, Beschluss vom 30. April 1952 - 1 BvR 14/52, 1 BvR 25/52, 1 BvR 167/52, BVerfGE 1, 264, 275 f.; BVerfG, Beschluss vom 15. Juli 1998 - 1 BvR 1554/89, 1 BvR 963/94, 1 BvR 964/94 -, BVerfGE 98, 385, 385: seither ständige Rechtsprechung) Bei einer ungleichen Behandlung von Personengruppen unterliegt der Normgeber in der Regel einer strengen Bindung. Eine unterschiedliche Behandlung ist bereits gleichheitswidrig, wenn eine Gruppe von Normadressaten im Vergleich zu anderen Normadressaten anders behandelt wird, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solchem Gewicht bestehen, dass sie die Ungleichbehandlung rechtfertigen können (BVerfG, Urteil vom 6. März 2002 - 2 BvL 17/99, BVerfGE 105, 73, 110; BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 22. März 2000 - 1 BvR 1136/98, VersR 2000, 835, 837).

Ob die mit einer - bei der Ordnung von Massenerscheinungen und der Regelung hochkomplizierter Materien wie der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst grundsätzlich zulässigen (BGH, aaO., Rn. 62 nach juris, mwN., Beschluss vom 15. Juli 1998. aaO BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 22. März 2000, aaO.) - Typisierung oder Generalisierung verbundenen Härten und Ungerechtigkeiten hingenommen werden müssen, hängt zum einen von der Intensität der Benachteiligungen und der Zahl der betroffenen Personen ab. Es darf lediglich eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen betroffen und die Ungleichbehandlung nicht sehr intensiv sein (BVerfG, Beschluss vom 23. Juni 2004 - 1 BvL 3/98, 1 BvL 9/02, 1 BvL 2/03, BVerfGE 111, 115, 137 BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 17. Dezember 2012 - 1 BvR 488/10. 1 BvR 1047/10, ZTR 2013, 668). Zum anderen kommt es auf die Dringlichkeit der Typisierung und die mit ihr verbundenen Vorteile an. Dabei ist zu berücksichtigen, wie kompliziert die geregelte Materie ist, welche praktischen Erfordernisse für sie sprechen und wie groß die Schwierigkeiten bei der Vermeidung der Ungleichbehandlung sind (vgl. u. a. BVerfG, Urteil vom 17. November 1992 - 1 BvL 8/87, BVerfGE 87, 234, 255f., BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 22. März 2000. aaO.).

Vor diesem Hintergrund konnten die bisherigen Übergangsregelungen für rentenferne Versicherte keinen Bestand haben, weil sie einen strukturellen Mangel aufwiesen (vgl. dazu auch BGH Beschluss vom 18. Juli 2012 - IV ZR 62/11 VersR 2013, 90, Rn. 40 nach juris) Die Berufsgruppe der Akademiker innerhalb der Vergleichsgruppe der rentenfernen Versicherten wird bei der Startgutschriftenberechnung nach den §§ 79 Abs 1 Satz 1 VBLS, 33 Abs. 1 Satz 1 ATV infolge des in § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG festgelegten Prozentsatzes von 2,25% pro Versicherungsjahr benachteiligt, weil der genannte Prozentsatz von 2,25% pro Jahr im Zusammenspiel mit dem Abstellen auf Pflichtversicherungsjahre anstelle der gesamtversorgungsfähigen Zeit bei der Startgutschrift rechnerisch dazu führte, dass Versicherte erst nach 44,44 Pflichtversicherungsjahren den Höchstversorgungssatz erreichen konnten, was für diejenigen, die vor Eintritt in den Öffentlichen Dienst eine lange Ausbildung durchlaufen haben, nicht zu erreichen ist. Damit wurden - infolge der Inkompatibilität beider Faktoren - zahlreiche Versicherte, gerade die Berufsgruppe der Akademiker, vom Erreichen des 100%-Wertes ohne ausreichenden sachlichen Grund von vornherein ausgeschlossen.

Die Neuregelung beseitigt diesen strukturellen Mangel nicht. Die Tarifparteien haben sich bei der Neuregelung dagegen entschieden, den jährlichen Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG von 2,25 % beispielsweise auf 2,5 % zu erhöhen. Sie haben stattdessen eine Vergleichsbetrachtung dieser Berechnung mit dem Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 Abs. 1 BetrAVG eingeführt, der hierzu nach § 79 Abs. 1a Satz 1 Nr. 1 VBLS n.F. um 7,5 Prozentpunkte zu vermindern ist, wobei die alternative Berechnung nur zum Tragen kommen soll, wenn sie dem Versicherten eine Verbesserung bringt („Vergleichsmodell“). Gerade der pauschale Abzug von 7,5 Prozentpunkten bei der Berechnung des Unverfallbarkeitsfaktors im Rahmen der Vergleichsberechnung führt aber weiterhin dazu, dass

*zahlreiche Versicherte vom Erreichen des 100 %-Wertes ohne ausreichenden sachlichen Grund von vornherein ausgeschlossen sind.*

*Auch nach der Neuregelung ist im Grundsatz nach § 18 Abs, 2 Nr. 1 Satz 1 BetrAVG eine Dienstzeit von 44,44 Jahren erforderlich, um den Höchstversorgungssatz erreichen zu können. Im Grundsatz bleibt damit die gesamte Gruppe innerhalb der Vergleichsgruppe der rentenfernen Versicherten, die keine 44,44 Pflichtversicherungsjahre und damit den Höchstversorgungssatz erreichen kann, vom Erreichen des 100 %-Wertes ausgeschlossen. Der Großteil der Betroffenen wird auch nach dem sog. Vergleichsmodell bereits keine Veränderung der Gutschrift erfahren, weil das Modell erst ab einer über 7,5 Prozentpunkte hinausgehenden Abweichung eine Besserstellung bewirkt. Nur für den am stärksten belasteten Teil der Versicherten werden die Auswirkungen des Mangels angegangen. Indes werden sie auch insoweit nur abgeschwächt und nicht behoben, weil zumindest eine Differenz von 7,5 Prozentpunkten verbleibt.*

*Die damit verbundenen Ungerechtigkeiten sind nach den eingangs aufgezeigten Maßstäben nicht hinzunehmen. Denn es darf — wie dargetan — ungeachtet der Einschätzungsprärogative der Tarifparteien lediglich eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen betroffen und die Ungleichbehandlung nicht sehr intensiv sein (vgl. BVerfG, Urteil vom 26 April 1999 - 1 BvL 22/95, 1 BvL 34/95, BVerfGE 100, 59, 90; BVerfG, Beschluss vom 23 Juni 2004, aaO.) Von der pauschalen Verminderung des Unverfallbarkeitsfaktors um 7,5 Prozentpunkte sind nun sämtliche Versicherte betroffen, die nach dem Vergleichsmodell überhaupt eine Besserstellung erfahren könnten. Dabei ist - schon nach dem Gedanken der statistischen Normalverteilung, jedenfalls aber nach dem durch die eingereichten Parteigutachten von Fischer/Siepe unterlegten Vortrag des Klägers - davon auszugehen, dass eine große Zahl von Versicherten auch unter Berücksichtigung der Vergleichsbetrachtung keine Besserstellung erreichen wird. Auch für die über das Vergleichsmodell mit einer Erhöhung der Gutschrift bedachten Versicherten hat der Abschlag von 7,5 Prozentpunkten auch im wirtschaftlichen Ergebnis regelmäßig eine deutlich spürbare Größe.*

*Zu keinem anderen Ergebnis führt, dass gewisse Unzuträglichkeiten im Hinblick auf die Dringlichkeit der Typisierung und die mit ihr verbundenen Vorteile hinzunehmen wären. Dabei ist zu berücksichtigen, wie kompliziert die Materie ist, welche praktischen Erfordernisse für die Regelung sprechen und wie groß die Schwierigkeiten bei der Vermeidung der Ungleichbehandlung sind (vgl. BVerfG Urteil vom 17 November 1992. aaO : BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 22 März 2000, aaO.) Praktische Erfordernisse, die die gewählte Art eines Abschlages notwendig machen oder auch nur nahe legen, sind indes nicht erkennbar. Das Modell ist nicht etwa aus Gründen der Einfachheit oder Zweckmäßigkeit so ausgestaltet. Im Gegenteil haben die Tarifparteien ein Modell gewählt, das bei der Erstellung der Vergleichsbetrachtung in jedem Einzelfall Berechnungsaufwand bedingt. Dieser kann offenbar geleistet werden. Die demgegenüber einfache und auch im typisierten Massengeschäft einfach zu handhabende Lösung einer Anhebung des jährlichen Anteilssatzes von 2,25 auf beispielsweise 2,5, welche den Ausschluss eines großen Teiles der rentenfernen Versicherten von einer Zusatzversorgung von 100 % beseitigte, ist nicht gewählt worden. Keiner Vertiefung bedarf an dieser Stelle die im Termin zur mündlichen Verhandlung angesprochene Frage, ob daneben etwa auch ein linearer, also prozentualer Abschlag auf die Vergleichsgutschrift hinnehmbar wäre, was zwar nach wie vor zu Einbußen führte, aber immerhin den Vorteil böte, dass keine große Gruppe von jeder Verbesserung ausgeschlossen wird.*

*Im Ergebnis der vorstehenden Erwägungen kann dahin stehen, ob es darüber hinaus verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet, dass § 79 Abs. 6 Satz 3 VBLS n. F. nunmehr ausdrücklich vorsieht, dass bei der Errechnung der Startgutschrift die für die Ermittlung der Voll-Leistung von der Höchstversorgung in Abzug zu bringende, voraussichtliche gesetzliche Rente nach dem so genannten Näherungsverfahren zu ermitteln ist. Weiterhin bedarf keiner Entscheidung, ob die Neuregelung im Hinblick auf die ferner gerügten Verstöße gegen Art. 14, 20 GG unwirksam ist.*

Internetquelle des vorliegenden Dokuments:

[http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP\\_Einschaetzungen\\_zu\\_6\\_O\\_145\\_13.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Einschaetzungen_zu_6_O_145_13.pdf)

## **Anlage 1: Exkurs zu Mindestrente, Formelbetrag, Mindeststartgutschrift** aus der Systemfehlerstudie<sup>23</sup>, Kap. 1.7:

In der Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften wird auf die Existenz von Mindestwerten (**Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG und **Mindeststartgutschrift** nach § 9 Abs. 2 ATV) überhaupt nicht eingegangen. Es geht ausschließlich um die Frage, ob die neue Anwartschaft nach § 33 Abs. 1a ATV höher ist als die Anwartschaft nach § 33 Abs. 1 ATV (siehe § 33 Abs. 1a Hauptsatz 2 ATV). Da die Anwartschaft nach § 33 Abs. 1 ATV aber identisch ist mit der bisherigen Startgutschrift, die auch durch die Mindestrente oder Mindeststartgutschrift bestimmt werden kann, ergibt sich folgende Konsequenz:

**Liegt die neue Anwartschaft (im Folgenden auch als „neuer Formelbetrag“ bezeichnet) zwar über dem alten Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG, aber unter der Mindestrente oder Mindeststartgutschrift, gibt es keinen Zuschlag. Dies trifft fast ausschließlich am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne, bei denen die bisherige Startgutschrift bei gesamtversorgungsfähigen Entgelten bis 4.500 € nicht vom Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG, sondern von einem Mindestwert (Mindestrente oder Mindeststartgutschrift) bestimmt wird.**

Dazu eine Begriffserklärung aus ökonomisch-mathematischer und rechtlicher Sicht:

### **alter Formelbetrag**

= Berechnung der anteiligen Voll-Leistung (= Nettogesamtversorgung minus Näherungsrente) mit dem Anteilssatz von 2,25 % pro erreichtem Pflichtversicherungsjahr bis Ende 2001 nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG

### **Mindestrente**

= Mindestbetrag von jeweils 0,375 % des tatsächlich erzielten Entgelts für jedes Pflichtversicherungsjahr während der gesamten Pflichtversicherungszeit bis Ende 2001 nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG (Höhe hängt von den tatsächlich erzielten Entgelten einschließlich der tatsächlichen Entgeltentwicklung sowie der Anzahl der erreichten Pflichtversicherungsjahre bis Ende 2001 ab)

### **Mindeststartgutschrift**

= Startgutschrift von 7,36 € pro vollem Pflichtversicherungsjahr, wenn bis Ende 2001 insgesamt mindestens 20 volle Pflichtversicherungsjahre erreicht wurden nach (§ 9 Abs. 3 ATV)

### **neuer Formelbetrag** (bzw. neue Anwartschaft nach § 33 Abs. 1a ATV)

= Berechnung einer neuen anteiligen Voll-Leistung gem. Neuregelung nach § 33 Abs. 1a ATV, wenn der Unverfallbarkeitsfaktor nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten höher ist als der bisherige Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG

---

<sup>23</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/6/Systemfehler\\_Langfassung.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/6/Systemfehler_Langfassung.pdf)



**Alter und neuer Formelbetrag** können immer genau beispielsweise mit dem „Fischer-Zuschlagsrechner“ (zitiert a.a.O) berechnet werden.

Die **Mindeststartgutschrift** setzt 20 volle bis zum 31.12.2001 erreichte Pflichtversicherungsjahre voraus und wird bei durchgehender Vollzeitbeschäftigung wie folgt berechnet:  $7,36 \text{ €} \times \text{Anzahl der erreichten Pflichtversicherungsjahre (m)}$ . Bei Teilzeitbeschäftigung wird der Satz von 7,36 € für ein volles Pflichtversicherungsjahr entsprechend dem sog. Gesamtbeschäftigungsquotient vermindert.

Die Berechnung der exakten **Mindestrente** setzt voraus, dass auch sämtliche in der Pflichtversicherungszeit bis Ende 2001 erzielten Entgelte des rentenfernen Pflichtversicherten genau bekannt sind. Dazu müssten die originalen Versicherungszeiten und –entgelte z.B. aus dem alten Startgutschriftbescheid vorliegen.

Man kann sich jedoch auch anders behelfen. Die näherungsweise Mindestrente (bzw. Mindestrente p.a.) kann man ermitteln unter der Voraussetzung, dass sich die Entgelte prozentual genau so entwickelt haben wie die tariflich vereinbarten Entgelte. Nach Analyse einer Vielzahl von tatsächlichen Entgelt- und Versicherungsverläufen lag die tatsächliche Mindestrente p.a. der rentenfernen Pflichtversicherten in aller Regel unter der auf diese Weise ermittelten Mindestrente p.a.. Dies ist hauptsächlich durch Entgeltsprünge infolge eines beruflichen Aufstiegs bedingt, da längere Anfangszeiten mit deutlich niedrigeren Entgelten das Niveau der Mindestrente weiter nach unten drücken. Es gilt die Beziehung:  $\text{Mindestrente} = \text{Mindestrente in \% des gvE p.a.} \times \text{Anzahl } m \text{ der bis 31.12.2001 erreichten ZVK – Pflichtversicherungsjahre}$ .

Letztlich sind also bis zu vier unterschiedliche Werte (**alter Formelbetrag**, **Mindestrente**, **Mindeststartgutschrift**, **neuer Formelbetrag**) zu ermitteln, um eine Aussage darüber zu treffen, ob die neue Startgutschrift über der bisherigen Startgutschrift liegt und somit ein Zuschlag erfolgt. Liegt der neue Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV unter der bisherigen Startgutschrift, ändert sich die Startgutschrift nicht (sog. Bestandsschutz).

Grundsätzlich wurde die **bisherige Startgutschrift** aus dem höchsten der drei Werte (**alter Formelbetrag** nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG, **Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG, evtl. **Mindeststartgutschrift** nach § 9 Abs. 3 ATV bei mindestens 20 vollen Pflichtversicherungsjahren bis Ende 2001) errechnet. Da bei am 31.12.2001 alleinstehenden Rentenfernen der nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ermittelte Formelbetrag in den meisten Fällen unter den Mindestwerten (Mindestrente bzw. Mindeststartgutschrift) lag, war die bisherige Startgutschrift bei Alleinstehenden identisch mit der Mindestrente bzw. –startgutschrift und lag oft deutlich über dem Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG.

Ein Zuschlag auf den alten Formelbetrag, der durch die nach den Nummern 1 und 2 von § 33 Abs. 1a ATV ermittelte höhere Anwartschaft zustande kommt, nützt den Alleinstehenden aber nichts, wenn der neue Formelbetrag immer noch unter der Mindestrente bzw. der Mindeststartgutschrift liegt. Genau dies ist bei alleinstehenden Durchschnittsverdienern immer der Fall. Daran ändert sich auch nichts, wenn sie Späteinsteiger sind und erst mit beispielsweise 33 Jahren oder später in den öffentlichen Dienst eintreten. Es bleibt also dann bei der bisherigen Startgutschrift,

obwohl der neue Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV über dem alten Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG liegt.

Ausgerechnet diese Gruppe der alleinstehenden Rentenfernen, die bereits nach § 33 Abs. 1 ATV i.V.m. § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG zu den Hauptbetroffenen der rentenfernen Startgutschriften zählt, gehört auch zu den **Hauptbetroffenen nach der Neuregelung in § 33 Abs. 1a ATV**, d.h. der neuen Zuschlagsregelung.

Dies hat zur Folge, dass auch ein durch den Zuschlag erhöhter Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG in fast allen Fällen noch unter den Mindestwerten und damit unter den bisherigen Startgutschriften bleibt. Diese alleinstehenden Normal- und Höherverdiener gehen also auch dann leer aus, wenn sie relativ spät in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und dadurch deutlich weniger als 40 Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichen können.

## Anlage 2: Unverfallbarkeitsfaktor auch im öffentlichen Dienst?

(siehe Systemfehlerstudie (Quelle a.a.O), Kapitel 2.1

Der **Unverfallbarkeitsfaktor** und dessen Berechnung beim Ausscheiden eines Arbeitnehmers in der Privatwirtschaft nach § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG ist laut **Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.7.1998** ([Az. 1 BvR 1554/89](#) u.a.) durchaus praktikabel. Dass der Unverfallbarkeitsfaktor gegen das Verbot der Diskriminierung wegen Alters nach dem **Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)** vom 14.8.2006 verstößt, da er jüngere Versicherte mit einem frühen Eintrittsalter benachteiligt, wird im **Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19.7.2011** ([Az. 3 AZR 571/09](#)) verneint. Nach § 1 AGG sollen Benachteiligungen aus Gründen des Alters zwar grundsätzlich beseitigt werden. Nach § 10 AGG sind jedoch Benachteiligungen wegen des Alters zulässig, wenn sie objektiv und angemessen sowie durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt sind.

Die Tatsache, dass der individuell ermittelte **Unverfallbarkeitsfaktor** nach § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG nach herrschender Rechtsauffassung nicht zur Altersdiskriminierung führt und demzufolge schon in frühem Alter in das Arbeitsverhältnis eingetretene Arbeitnehmer nicht unmittelbar benachteiligt, hat jedoch mit der weitgehend pauschalen Berechnung von rentenfernen Startgutschriften nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG zunächst einmal überhaupt nichts zu tun.

Im **BGH-Urteil vom 14.11.2007** ([Az. IV ZR 74/06](#)) wurde die Einführung eines anteiligen Unverfallbarkeitsfaktors (zum Beispiel als Verhältnis von erreichten zu erreichbaren Pflichtversicherungsjahren) zwar angedacht, um die finanzielle Benachteiligung von rentenfernen Pflichtversicherten mit längeren Ausbildungszeiten und demzufolge späterem Eintrittsalter in den öffentlichen Dienst zu beseitigen. Gleichzeitig betonten die Richter aber, dass **„die Berechnungsmethode für den Unverfallbarkeitsfaktor nicht losgelöst von der Berechnungsmethode für die Voll-Leistung betrachtet werden“** (siehe RdNr. 126 im Urteil des BGH ([Az. IV ZR 74/06](#)) kann, da zwischen den beiden Rechenschritten in § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG (Voll-Leistung als 1. Rechenschritt und jährlicher Anteilssatz von 2,25 % als 2. Rechenschritt) ein innerer Zusammenhang besteht.

Da der BGH in seinem Piloturteil (dort RdNr. 149) ausdrücklich auch andere Wege für die Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften vorschlägt (zum Beispiel die Erhöhung des Multiplikators von 2,25 % oder die Veränderung der gesamten Berechnungsformel und nicht nur die Korrektur ihrer Faktoren), kann von einer „Empfehlung“, den Unverfallbarkeitsfaktor auch bei Neuregelung zu verwenden, überhaupt keine Rede sein.

Die Berechnung eines Unverfallbarkeitsfaktors sahen schon Kommentatoren der VBL kritisch (siehe Norbert Wein in BetrAV 5/2008<sup>24</sup>, Seite 455, und Matthias Konrad in ZTR 6/2008<sup>25</sup>, Seite 302).

---

<sup>24</sup> Norbert Wein, „Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu den Startgutschriften“ in: BetrAV, Betriebliche Altersversorgung, 5/2008, 451-456  
<https://www.vbl.de/de?t=/documentManager/sfdoc.file.supply&fileID=1217490681198>

<sup>25</sup> Matthias Konrad, „Reform der Zusatzversorgung – Ende des Tarifstreits in Sicht?“ in: ZTR, Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes, Heft 6/2008, 296-303  
<https://www.vbl.de/de?t=/documentManager/sfdoc.file.supply&fileID=1223640350524>

**VBL-Jurist Matthias Konrad** (zuständig für Satzung und Grundsatz in der Abteilung VS 10 der VBL) spricht sich in seinem Kommentar zum BGH-Urteil vom 14.11.2007 für eine Veränderung des jährlichen Anteilssatzes von 2,5 % gem. § 18 Abs. 2 BetrAVG aus und gegen die isolierte Übertragung des Unverfallbarkeitsfaktors gem. § 2 auf § 18 BetrAVG. Konrad sieht darin eine Vermengung von pauschalen Berechnungen (Voll-Leistung nach § 18) und individuellen Berechnungen (Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2), was wiederum zu einem Systembruch führen könnte.

Genau zu diesem **Systembruch** ist es aber mit der Einführung des Unverfallbarkeitsfaktors in die Neuregelung nach § 33 Abs. 1a ATV gekommen. **TdL-Referent Stefan Hebler** verteidigt in seinem Kommentar zur Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften die Wirkung des **Unverfallbarkeitsfaktors**, indem er dessen Anwendung mit der „**Modifikation der Voll-Leistung**“ bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren verbindet (siehe Punkt 4.3.1 in seinem Aufsatz)<sup>26</sup>.

Nach Autor Hebler ist der **Unverfallbarkeitsfaktor** „**mathematisch zwingend bei langer Versicherungszeit umso höher, je älter der Versicherte bei Beginn des Arbeitsverhältnisses war**“.

Die von Hebler angeführten Beispiele für eine gleiche Versicherungszeit von 10 Jahren (übertragen auf die Startgutschrift-Berechnung: **m** = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre) und ein Eintrittsalter von 25 bzw. 45 Jahren (übertragen auf die Startgutschrift-Berechnung: **n** = Anzahl der bis zum 65. Lebensjahr insgesamt 40 bzw. 20 erreichbaren Pflichtversicherungsjahre) sind elementar. Der Unverfallbarkeitsfaktor von  $10/20 = 50\%$  bei einem Eintrittsalter von 45 Jahren ist selbstverständlich doppelt so groß im Vergleich zu  $10/40 = 25\%$  bei einem Eintrittsalter von 25 Jahren.

Die Regel „Je höher (niedriger) das Eintrittsalter, desto höher (niedriger) der Unverfallbarkeitsfaktor bei gleicher Pflichtversicherungszeit am Tag des Ausscheidens aus dem öffentlichen Dienst bzw. am Tat der Systemumstellung zum 31.12.2001“ ist logisch völlig richtig. Diese Regel darf aber nicht losgelöst gesehen werden von der Tatsache, dass die individuelle Voll-Leistung bei höherem Eintrittsalter wegen der geringeren Anzahl von erreichbaren Pflichtversicherungsjahren sinken müsste.

**Unverfallbarkeitsfaktor und Vollrente nach § 2 Abs. 1 BetrAVG stehen in einem Wechselverhältnis. Steigt der Unverfallbarkeitsfaktor infolge eines erst im höheren Alter begonnenen Arbeitsverhältnisses in der Privatwirtschaft, wird die Vollrente niedriger ausfallen. Der Teilanspruch nach § 2 Abs. 1 BetrAVG wird daher immer aus Unverfallbarkeitsfaktor und Vollrente ermittelt.**

Dieser innere Zusammenhang zwischen Unverfallbarkeitsfaktor und Vollrente in der Privatwirtschaft nach § 2 Abs. 1 BetrAVG wird rechtlich nicht bestritten. Der innere Zusammenhang zwischen festem Anteilssatz (2,25 % der Voll-Leistung pro

---

<sup>26</sup> S. Hebler: Zusatzversorgung – Verbesserung bei den Startgutschriften für Späteinsteiger, ZTR, Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes, Heft 9/2011, 534-538

erreichtem Pflichtversicherungsjahr) und der pauschalierten Voll-Leistung nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ist aber ein völlig anderer. Es dürfte daher rechtlich umstritten sein, ob der **individuelle Unverfallbarkeitsfaktor** in Anlehnung an § 2 Abs. 1 BetrAVG überhaupt mit der **pauschalierten Voll-Leistung** nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG kombiniert werden kann. Wenn man VBL-Jurist Konrad folgt, kann eine solche Kombination zum Systembruch führen. Es ist daher rechtlich zu prüfen, ob mit der Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a Nummer 1 ATV ein solcher **Systembruch** bereits eingetreten ist.

Man könnte auch die Ansicht vertreten, dass der individuelle Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 BetrAVG mit der Sonderregelung für den öffentlichen Dienst nach § 18 BetrAVG überhaupt nicht vereinbar ist. Diese grundsätzliche **Unvereinbarkeit** von § 2 BetrAVG und § 18 BetrAVG wäre dann der Hauptgrund für den von Konrad befürchteten Systembruch. Wenn aber der Unverfallbarkeitsfaktor dennoch im öffentlichen Dienst eingeführt werden soll, müsste konsequenterweise auch die Sonderregelung nach § 18 BetrAVG entfallen und durch die Regelung in der Privatwirtschaft nach § 2 BetrAVG ersetzt werden.

### Anlage 3: Kürzung der Nettoversorgung bei Nichtkürzung der Näherungsrente?

(siehe Systemfehlerstudie (Quelle a.a.O), Kapitel 2.4

Die Modifikation des § 33 ATV nach der Tarifeinigung vom 30.05.2011 birgt neben der Abs. 1a Nr. 1 (Unverfallbarkeitsfaktor, pauschale Kürzung um 7,5 Prozentpunkte, Definition der erreichbaren Pflichtversicherungszeiten) auch in Nr. 2 Bemerkenswertes: die ggf. notwendige sogenannte **Modifikation der Voll-Leistung**.

Nur wenn der Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 Abs. 1 BetrAVG auch nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten über dem Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG liegt, wird die Voll-Leistung mit einem **individuellen Brutto- oder Nettoversorgungssatz** nach § 41 Abs. 2 und 2b VBLs a.F. ermittelt. In den VBL-Zuschlagsmitteilungen heißt dieser zweite Rechenschritt „**Berechnung der individuellen Voll-Leistung**“.

Letztlich läuft dieser Berechnungsschritt auf eine Kürzung der Voll-Leistung hinaus, sofern die für eine ungekürzte Voll-Leistung erforderliche gesamtversorgungsfähige Zeit (gvZ) von 40 Jahren nicht erreicht wird.

Im Klagefall wurden bis zu 37 Jahre gesamtversorgungsfähige Zeit (gvZ) erreicht

Im Fall von gvZ < 40 Jahren wird die Nettogesamtversorgung von 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts entsprechend dem individuellen Nettoversorgungssatz gekürzt. Diese **Kürzung der Nettogesamtversorgung** geht aber einher mit der **Nicht-Kürzung der Näherungsrente**, da die gesetzliche Rente nach dem Näherungsverfahren gem. Protokollnotiz zum § 33 Abs. 1a ATV grundsätzlich in voller Höhe beibehalten wird.

Dieses durchaus widersprüchliche Verfahren führt zu einer **überproportionalen Kürzung der Voll-Leistung**, wie das folgende stark vereinfachte Rechenbeispiel zeigt:

#### Beispiel für eine Kürzung der Voll-Leistung um 50 %

	vor Kürzung*	nach Kürzung**
Nettogesamtversorgung	100 Geldeinheiten	85** Geldeinheiten
- Näherungsrente	- 70 Geldeinheiten	- 70 Geldeinheiten
= Voll-Leistung	= 30 Geldeinheiten	= 15 Geldeinheiten

\*) keine Kürzung, wenn gesamtversorgungsfähige Zeit mindestens 40 Jahre beträgt (immer der Fall, wenn das Eintrittsalter bei höchstens 33 Jahren liegt), mit der Folge, dass die maximale Nettogesamtversorgung von 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts angesetzt wird

\*\*\*) Kürzung der Nettogesamtversorgung um 15 % bei einer gesamtversorgungsfähigen Zeit von 34 Jahren (entspricht einem Eintrittsalter von 45 Jahren) mit der Folge, dass die Nettogesamtversorgung auf 78 % des Nettoarbeitsentgelts fällt

Die Kürzung der Nettogesamtversorgung um 15 % im Rechenbeispiel zieht eine Kürzung der Voll-Leistung um 50 % nach sich, da die Näherungsrente nicht gekürzt werden darf. Sofern die maximale Nettogesamtversorgung bei am 31.12.2001 alleinstehenden Rentenfernern deutlich unter der Nettogesamtversorgung für

Verheiratete bei gleichem gesamtversorgungsfähigen Entgelt liegt, kann die Voll-Leistung nach Kürzung sogar negativ werden, wie das nächste Rechenbeispiel zeigt.

### Beispiel für eine negative Voll-Leistung

	vor Kürzung*	nach Kürzung**
Nettogesamtversorgung	85 Geldeinheiten	68 Geldeinheiten
- Näherungsrente	- 70 Geldeinheiten	- 70 Geldeinheiten
= Voll-Leistung	= 15 Geldeinheiten	= - 2 Geldeinheiten

Diese Rechenbeispiele sind keineswegs nur theoretischer Natur, wie die praktischen Musterfälle im Kapitel 1.4 zeigen. Kürzungen der Voll-Leistung um 50 % kommen in der Praxis genau so vor wie „negative Voll-Leistungen“, die nur aus formalen Gründen auf Null gestellt werden (sog. Bestandsschutz).

In der Praxis wären die Zusatzberechnungen nach § 33 Abs. 1a Nr. 2 ATV für ein Eintrittsalter von nicht mehr als 33 Jahren entbehrlich, da die Voll-Leistung bei einem Eintrittsalter bis zu 33 Jahre überhaupt nicht gekürzt wird. Begründung: Bei einem Eintrittsalter von 25 bis 33 Jahre liegt die bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichbare Pflichtversicherungszeit zwischen 40 und 32 Jahren. Da bei der Ermittlung der gesamtversorgungsfähigen Zeit noch die Hälfte der Zeit vom vollendeten 17. Lebensjahr bis zum Eintrittsalter von 25 bis 33 Jahren hinzugezählt wird, kommen noch 4 bis 8 Jahre hinzu, so dass sich die gesamtversorgungsfähige Zeit auf 44 und 40 Jahre erhöht.

Die komplizierte Berechnung der individuellen Voll-Leistung ist daher nur bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erforderlich. Wenn bei einem Eintrittsalter von 45 Jahren die gesamtversorgungsfähige Zeit 34 Jahre (= 20 Jahre erreichbare Pflichtversicherungszeit zuzüglich 14 Jahre für die Hälfte der Zeit vom 17. bis zum 45. Lebensjahr) beträgt, werden zwei individuelle Versorgungssätze berechnet:

- **Bruttoversorgungssatz:**  
gesamtversorgungsfähige Zeit x 1,875 % für jedes Jahr  
(z.B. 34 Jahre x 1,875 % = 63,75 %, maximal 75 % des Bruttoarbeitsentgelts)
- **Nettoversorgungssatz:**  
gesamtversorgungsfähige Zeit x 2,294 % für jedes Jahr  
(z.B. 34 Jahre x 2,294 % = 78 %, maximal 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts).

Der Nettoversorgungssatz liegt somit immer über dem Bruttoversorgungssatz. Allerdings sind dabei die unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen zu beachten (Bruttoarbeitsentgelt bzw. gesamtversorgungsfähiges Entgelt bei der Bruttogesamtversorgung, aber Nettoarbeitsentgelt bei der Nettogesamtversorgung).

Da die Nettogesamtversorgung in Höhe von maximal 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts (bzw. individuell 78 % im Beispielfall) wegen der Abzüge vom Bruttoarbeitsentgelt (z.B. 20,4 % Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung zuzüglich Lohnsteuer in 2001) immer zu einem niedrigeren Wert führt als eine Bruttogesamtversorgung in Höhe von maximal 75 % des Bruttoarbeitsentgelts (bzw. individuell 63,75 % im Beispielfall), wird in allen Berechnungen der Zusatzversorgungskassen nur mit dem **individuellen Nettoversorgungssatz** bzw. der **individuellen Nettogesamtversorgung** weitergerechnet.

Auch bei der Ermittlung der „**maßgebenden Gesamtversorgung**“ nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG wird immer der niedrigere Betrag, also die maximale Nettogesamtversorgung in Höhe von 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts, angesetzt. Die bis Ende 1985 geltende Bruttogesamtversorgung wurde ab 1.1.1986 durch die Nettogesamtversorgung abgelöst, um eine sog. Überversorgung bei Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst zu vermeiden. Nur aus rein formalen Gründen werden bei der Startgutschrift-Berechnung nach § 33 Abs. 1 ATV i.V.m. § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG und bei der Errechnung der individuellen Voll-Leistung nach § 33 Abs. 1a Nr. 2 ATV noch beide Versorgungssätze bzw. Gesamtversorgungen miteinander verglichen. De facto läuft letztlich alles auf die Höhe der individuellen Nettogesamtversorgung hinaus, da diese immer niedriger als die individuellen Bruttogesamtversorgung ausfällt.

Der prinzipielle Widerspruch zwischen individueller, gekürzter Nettogesamtversorgung einerseits und pauschaler, nicht gekürzter Näherungsrente bleibt aber auf jeden Fall bestehen. In jedem nur denkbaren Fall kommt es infolge dieses Widerspruchs zu einer überproportionalen Kürzung der Voll-Leistung. Diese Kürzung fällt bei Durchschnittsverdienern relativ stärker aus als bei Höher- und Spitzenverdienern, da die Näherungsrente bei gesamtversorgungsfähigen Entgelten von über rund 4.500 € nicht mehr steigt und bei 1.600,50 € festgezurt wird. Bei gleichem Eintrittsalter und gleichem Jahrgang trifft die Kürzung der Voll-Leistung daher Durchschnittsverdiener deutlich mehr im Vergleich zu Höher- und Spitzenverdienern.

Laut BGH-Urteil vom 14.11.2007 (**Az. IV ZR 74/06**) könnten die Tarifparteien einen „**Härtefallausgleich in Einzelfällen**“ schaffen, wenn die Näherungsrente zu hoch ist (siehe Seite 57 (RdNr. 120)). Dies haben die Tarifparteien ebenso versäumt wie die Kürzung der Näherungsrente in dem Fall, dass die Nettogesamtversorgung wegen Nicht-Ereichens der gesamtversorgungsfähigen Zeit von 40 Jahren sinkt.

Das OLG Karlsruhe nimmt in seinem Urteil vom 20.12.2007 (**Az. 12 U 100/06**) Bezug auf die BGH-Entscheidung und interpretiert sie hinsichtlich des Härtefallausgleichs in Einzelfällen wie folgt (siehe RdNr. 65): „*Des weiteren hat der BGH (Az. IV ZR 74/06) einen Härtefall in Einzelfällen für möglich gehalten, soweit er den Tarifparteien aufgegeben hat, die von ihm für unwirksam erachtete Startgutschriftregelung für die rentenfernen Jahrgänge zu überarbeiten (siehe Seiten 57 und 67 des BGH-Urteils unter B III 4g und C III)*“.

Bei der Überarbeitung der unwirksamen Startgutschrift-Berechnung für die rentenfernen Jahrgänge hätten die Tarifparteien also auch eine Härtefallregelung für Einzelfälle treffen können. Dies ist aber nicht erfolgt, da sich die Neuregelung ausschließlich auf § 33 Abs. 1a ATV inkl. Protokollnotiz dazu beschränkt. Daher müssen künftig Land- und Oberlandesgerichte wie beispielsweise das OLG Karlsruhe weiterhin entscheiden, ob ein Härtefallausgleich in Einzelfällen infrage kommt.



#### **Anlage 4: Negative Voll-Leistungen bei rentenfernen Alleinstehenden (Durchschnitts- und Höherverdiener ab Eintrittsalter 45 Jahre (siehe unser Standpunkt<sup>27</sup>)**

Die teilweise grotesk anmutenden Folgen der Sonderregelung nach § 33 Abs. 1a Ziffer 2 ATV kann man einerseits (wie im soeben erwähnten Standpunkt beschrieben) am Beispiel von verheirateten Durchschnitts- und Höherverdienern sowie verheirateten Spitzenverdienern darstellen (siehe Seite 5-8 des oben erwähnten Standpunkts).

Andererseits wirkt es bemerkenswert unverständlich, wenn man die Zuschlagssituation von alleinstehenden Durchschnitts-, Höher- und Spitzenverdienern mit Einstiegsalter ab 34 Jahre näher untersucht (siehe Seite 9ff des oben erwähnten Standpunkts).

Immerhin war Ende 2001 rund ein Viertel der rentenfernen Pflichtversicherten alleinstehend ohne kinderzuschlagsberechtigte Kinder und damit in der fiktiven Lohnsteuerklasse I/0. Das Beharren der Tarifparteien auf dieser Stichtagsregelung, die vom Bundesgerichtshof auch als „**Festschreibeeffekt**“ oder „**Veränderungssperre**“ bezeichnet wird, führt nun bei alleinstehenden Späteinsteigern zu Absurditäten, die eigentlich nicht mehr zu überbieten sind. Im Anhang werden dazu zwei absurde Folgen der Sonderregelung nach § 33 Abs. 1a Ziffer 2 ATV genannt (siehe „*Kein Zuschlag bei fast allen alleinstehenden Späteinsteigern*“ als Erweiterung der 1. Groteske und „*Steigende Verlustquoten bei den alleinstehenden Späteinsteigern*“ als Erweiterung der 2. Groteske).

Noch absurder wird es jedoch, wenn man auch die zumindest von der Logik her unmöglichen Fälle aufdeckt, in denen die Voll-Leistung nach der Neuberechnung sogar negativ wird.

##### Beispielfall: Eintrittsalter 43 Jahre, Entgelt 3.100 €, alleinstehend

Die gekürzte Nettogesamtversorgung liegt bei 1.377,21 € und damit unter der Näherungsrente bei 1.381,57 €. Folge: Die gekürzte Voll-Leistung wird negativ und beträgt – 4,36 €. Also wird auch der gekürzte neue Formelbetrag mit – 1,85 € negativ und liegt deutlich unter dem alten Formelbetrag von 47,09 €. Die bisherige Startgutschrift wurde festgesetzt als Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG in Höhe von ca. 119 € (Berechnung: 3.100 € x 0,35 % x 11 Jahre) und ändert sich nach der Neuregelung selbstverständlich nicht.

Hier der Versuch einer Erklärung: Bei Verdiensten zwischen 3.100 und 3.200 € wird die Nettogesamtversorgung wegen der stark zunehmenden Steuerprogression in Lohnsteuerklasse I für Alleinstehende so stark gekürzt, dass sie sogar unter der Näherungsrente liegt und die neue Voll-Leistung somit negativ wird. Eine „*negative Voll-Leistung*“ ist aber ein Widerspruch in sich. Noch widersprüchlicher kann das Ergebnis nicht mehr sein.

<sup>27</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP\\_Groteske\\_Zusatzversorgung.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Groteske_Zusatzversorgung.pdf)

Ganz offensichtlich weitet sich die Entgeltspanne, bei der die neu berechnete Voll-Leistung negativ wird, mit steigendem Eintrittsalter sogar noch aus, wie der folgenden Tabelle und Abbildung zu entnehmen ist.

Beispiel:

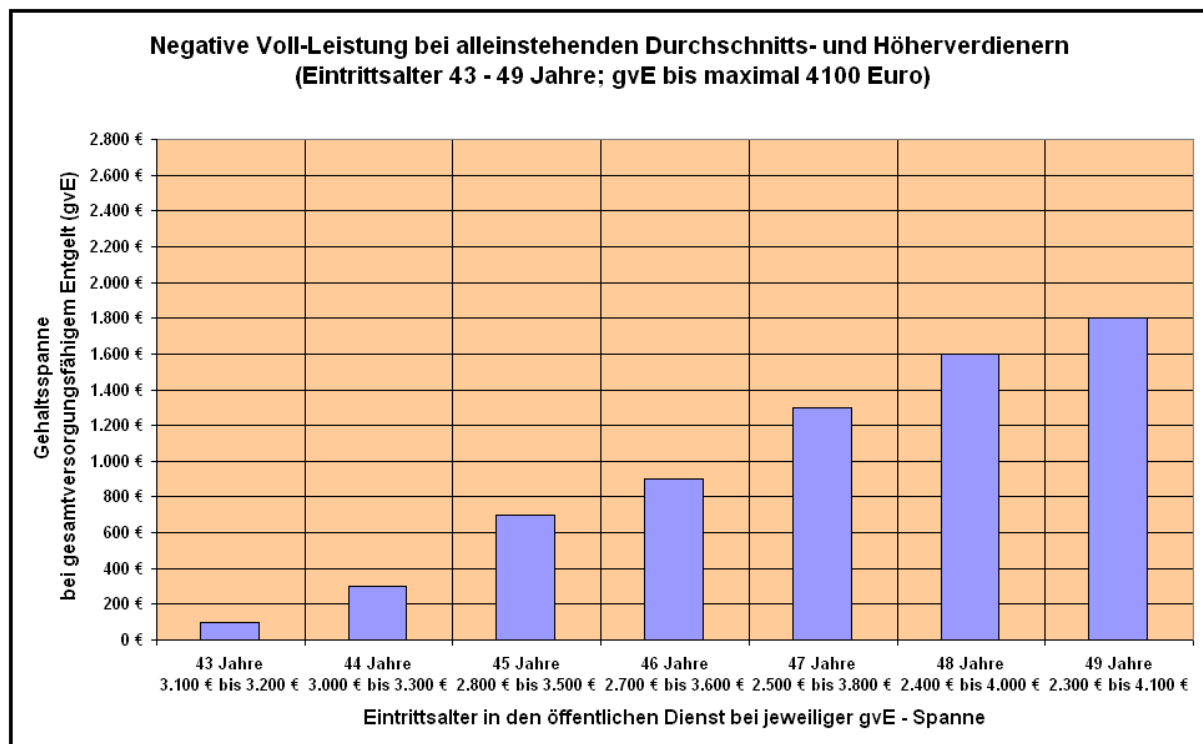
Bei einem Eintrittsalter von 46 Jahren errechnet sich eine negative Voll-Leistung für gesamtversorgungsfähige Entgelte von 2.700 bis 3.600 €.

Dies beweist am deutlichsten, dass die Berechnungsgrundlage in § 33 Abs. 1a Ziffer 2 ATV schlichtweg fehlerhaft ist. Bei **fehlerfreien** Zuschlagsregelungen könnte es gar keine „**negative Voll-Leistung**“ geben!

**Tabelle: Negative Voll-Leistungen bei alleinstehenden Durchschnitts- und Höherverdienern mit Eintrittsalter ab 43 Jahre**

Eintrittsalter	gesamtversorgungsfähiges Entgelt von .... € bis .... €	Voll-Leistung
43 Jahre	3.100 bis 3.200 €	negativ
44 Jahre	3.000 bis 3.300 €	negativ
45 Jahre	2.800 bis 3.500 €	negativ
46 Jahre	2.700 bis 3.600 €	negativ
47 Jahre	2.500 bis 3.800 €	negativ
48 Jahre	2.400 bis 4.000 €	negativ
49 Jahre	2.300 bis 4.100 €	negativ

**Abbildung: Negative Voll-Leistung bei bestimmten ledigen Verdienern**



Im Übrigen existiert bei der bisherigen, vom BGH (in seinem Urteil vom 14.11.2007 (Az. IV ZR 74/06, RdNr. 149)<sup>28</sup> in einem Detailpunkt (Höhe des Anteilssatzes von 2,25 % bei Rentenfernen mit längerer Ausbildung) als verfassungswidrig eingestuften Regelung in § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG kein einziger denkbarer Fall, in dem die Voll-Leistung negativ werden könnte. Grund: Die Nettogesamtversorgung in Höhe von 91,75 % des fiktiven Nettoarbeitsentgelts liegt immer über der Nahrungsrente, so dass die Voll-Leistung zumindest immer positiv ausfällt.

Genau dies ist aber im Sonderfall der alleinstehenden Späteinsteiger nach der Sonderregelung in § 33 Abs. 1a Ziffer 2 ATV nicht gewährleistet. Durch den gekürzten Nettoversorgungssatz wird die Nettogesamtversorgung so stark gekürzt, dass sie in den genannten Fällen unter der Nahrungsrente liegt und damit die Voll-Leistung ins Minus gerät (siehe obige Tabelle und Abbildung). Fast überflüssig zu erwähnen, dass dadurch auch der anteilige Formelbetrag bzw. die fiktive neue Startgutschrift negativ würde.

Ein Minuszeichen vor Voll-Leistung, Formelbetrag oder Startgutschrift ist aber eine Absurdität 1. Grades.

Negative Voll-Leistungen führen die Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a ATV bzw. § 79 Abs. 1a VBLS n.F. damit vollends ab absurdum.

---

<sup>28</sup> <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&az=IV%20ZR%2074/06>

## Anlage 5: Nachrechnung des Klagefalls (genähert)

Eingabemaske für eine rentenferne Startgutschrift (altes Verfahren und neues Verfahren mit Zuschlag)					
(gvE 4000 €)					
Hinweis: Individuelle Daten sind nur in die grauen Felder der Datenspalten C und D zu schreiben.					
Alle anderen Zellen und Blätter sind geschützt, um das Überschreiben von Formeln und Zellbezügen zu vermeiden.					
A	B	C	D		
Lfd. Nr.		(gvE 4000 €)			
1	Geburtsdatum:	30.06.1953			
2	Stichtag:	31.12.2001			
4	Rentenbeginn am 01.07.2018:	01.07.2018			
5	ZVK-Pflicht ab:	01.07.1992			
6	m = erreichte ZVK-Monate bis Stichtag:	114,00	114,00		
7	n = erreichbare ZVK-Monate bis 01.07.2018:	312,00		0	
8	q = ZVK-Monate 01.01.2002 bis 01.07.2018:	198,00			
9	m in Jahren:	9,50			
10	n in Jahren:	26,00			
11	q in Jahren:	16,50			
12	Zuschlag möglich, wenn: $(1/n - 0,0225 - 0,075/m > 0)$	o.k.			Zuschlag möglich
13	Gesamtbeschäftigungsquotient (GBQ):	1,00			
14	Umlagesatz ZVK Arbeitgeberanteil (AG):	6,45%			
15	Umlagesatz ZVK Arbeitnehmeranteil (AN):	1,25%			
16	Falls Hochrechnung der Startgutschrift auf 65+0 LJ gewünscht, wird das zv Jahresentgelt von 2002 benötigt.				
17	Ansonsten wird hier 0,00 € eingesetzt.	0,00 €			
18	Gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE) eingeben: (gekürztes gvE eingeben, wenn GBQ < 1 !!!)	7.823,32 DM	4.000,00 €		
19	gvE muss unter 19.813,89 DM = 10.130,66 € liegen				
20	Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG	253,47 DM	129,60 €		
21	Mindeststartgutschrift § 37 Abs. 3 VBLs n.F. = falls m>=20; volle Jahre bis zum Stichtag x 1,84 VP x GBQ x 4 €		0,00 €		
Hinweis	Lfd. Nr. 5 und 6:	Eingabe Beginn der ZVK-Pflicht bzw. des maßgeblichen Zeitraums m (in Monaten) manuell aus der Startgutschrift.			
Hinweis	Lfd. Nr. 13:	Eingabe des maßgeblichen Gesamtbeschäftigungsquotienten (GBQ) manuell aus der Startgutschrift.			
Hinweis	Lfd. Nr. 18 und 20:	Eingabe des maßgeblichen Entgelts in DM manuell aus der Startgutschrift.			
Hinweis	Lfd. Nr. 21:	falls m >= 20: Eingabe des maßgeblichen Entgelts ( Jahre x 1,84 VP x 4€ x GBQ) in € manuell aus der Startgutschrift, sonst: 0 €			

Tabelle: Grunddaten des Klagefalls LG KA 6 O 145/13 mit geschätzten Angaben

(gvE 4000 €)					
Ermittlung des fiktiven Nettoarbeitsentgelts in (DM bzw. EURO)					
Lfd. Nr.	Stichtag: 31.12.2001	DM	DM	Euro	Euro
	<b>Zusammensetzung der Abzüge aus gv Entgelt</b>	<b>StKI. I/0</b>	<b>StKI. III/0</b>	<b>StKI. I/0</b>	<b>StKI. III/0</b>
1	Beitragsbemessungsgrenze Rente: 8700 DM	8700,00	8700,00	4448,24	4448,24
2	Pflichtversicherungsgrenze KV: 6525 DM	6525,00	6525,00	3336,18	3336,18
3	gv Entgelt in DM bzw. EURO	7823,32	7823,32	4000,00	4000,00
4	Lohnsteuer in DM/EURO	1987,58	1191,66	1016,23	609,29
	Umlagesatz AG für ZVK in Prozent von gv Entgelt in DM	0,0645			
	Umlagesatz AN für VBL in Prozent von gv Entgelt in DM	0,0125			
5	Umlagebetrag AG für ZVK	504,60	504,60	258,00	258,00
6	Umlagebetrag AN für ZVK	97,79	97,79	50,00	50,00
7	Pauschalsteuer Umlage AG: 175 DM/EURO	175,00	175,00	89,48	89,48
8	StAnteil Zukunftssich.: 20% von (Umlagesatz AG -175 DM)	65,92	65,92	33,70	33,70
9	Solidaritätszuschlag (max. 5.5% von Lohnsteuer) in DM / €	109,31	65,54	55,89	33,51
10	AN-Beitrag RV: 9.55% aus maximal 8700 DM	747,13	747,13	382,00	382,00
11	AN-Beitrag KV: 6.75% aus maximal 6525 DM	440,44	440,44	225,19	225,19
12	AN-Beitrag PV: 0.85% aus maximal 6525 DM	55,46	55,46	28,36	28,36
13	III. Sozialgesetzbuch: 3.25% aus max 8700 DM	254,26	254,26	130,00	130,00
14	Summe der fiktiven Abzuege in DM/EURO	3757,89	2918,20	1921,38	1492,05
15	<b>fiktives Nettoarbeitsentgelt in DM/€ bei StKI. I/0 bzw. III/0</b>	<b>4065,43</b>	<b>4905,12</b>	<b>2078,63</b>	<b>2507,95</b>

Tabelle: Fiktives Nettoentgelt des Klagefalls LG KA 6 O 145/13 mit geschätzten Angaben

gesetzliche Rente im Näherungsverfahren						Startgutschrift rentenfern	
(gvE 4000 €)							
Fiktive Arbeitsentgelte und Versorgungssätze							
Lfd. Nr.				Stkl. I	Stkl. III/0		
1	maßgebliches Vollzeit gv	Bruttoarbeitsentgelt pro Monat:		4.000,00 €	4.000,00 €		
2	maßgebliches Vollzeit	Nettoarbeitsentgelt pro Monat:		2.078,63 €	2.507,95 €		
3	persönlicher Brutto-Versorgungssatz = GBQ x 75,00 % :			75,00%	75,00%		
4	persönlicher Netto-Versorgungssatz = GBQ x 91,75 % :			91,75%	91,75%		
5	fikt. Vollzeitnetto x persönlicher Nettoversorgungssatz:			1.907,14 €	2.301,04 €	<b>Nettogesamtversorgung (NGV)</b>	
6	fikt. Vollzeitbrutto x persönlicher Bruttoversorgungssatz:			3.000,00 €	3.000,00 €	<b>Bruttogesamtversorgung (BGV)</b>	
7							
8							
9	<b>Gesetzliche Rente im Näherungsverfahren</b>						
10							
11	Formel:	<b>NR = (VJ x ST x BEZ x ZF x KF)/100</b>					
12							
13	Ermittlung des Steigerungssatzes ST:	Monatsentgelt begrenzt auf 8700 DM (BBG)=			4.448,24 €	BBG	
14							
15	Verhältnis (maßgebliches Vollzeitbruttoentgelt*GBQ)/BBG jedoch maximal 100 %:				89,92		
16	Steigerungsfaktor (bei Bezügen unter 70 % des BBG) mindestens:				1,09	1,09	
17	Falls gvE > 70 % BBG:Prozentuale Differenz zu 70 % des BBG:				20		
18	Falls gvE > 70 % BBG:Verminderungsfaktor je ein Prozent Differenz zu 70 % des BBG:				0,007	0,14	
19	verbleibt der Steigerungsfaktor:					<b>0,9500</b>	
20							
21	VJ=	Versicherungsjahre (45 Jahre für Durchschnittsrentner)				45	
22	ST=	Steigerungssatz (angepasst nach obiger Vorschrift)				0,9500	
23	BEZ=	Maßgebliche Bezüge aus Blatt "Eingabe" (lfd.Nr. 18) (ggf. begrenzt durch BBG)				4.000,00 €	
24	ZF=	Zugangsfaktor (1 bei Altersrente)				1,0	
25	KF=	Korrekturfaktor				0,9086	
26	NR=	<b>gesetzliche Rente im Näherungsverfahren</b>				<b>1.553,71 €</b>	

Tabelle: Fiktive gesetzliche Näherungsrente des Klagefalls LG KA 6 O 145/13 mit geschätzten Angaben

Ermittlung der Startgutschrift						Startgutschrift rentenfern	
(gvE 4000 €)							
Lfd. Nr.	Fiktive Arbeitsentgelte und Versorgungssätze			Stkl. I	Stkl. III/0		
1							
2	maßgebliches Vollzeit gv	Bruttoarbeitsentgelt pro Monat:		4.000,00 €	4.000,00 €		
3	maßgebliches Vollzeit	Nettoarbeitsentgelt pro Monat:		2.078,63 €	2.507,95 €		
4	persönlicher Brutto-Versorgungssatz = GBQ x 75,00 % :			75,00%	75,00%		
5	persönlicher Netto-Versorgungssatz = GBQ x 91,75 % :			91,75%	91,75%		
6	fikt. Vollzeitnetto x persönlicher Nettoversorgungssatz:			1.907,14 €	2.301,04 €	<b>Nettogesamtversorgung (NGV)</b>	
7	fikt. Vollzeitbrutto x persönlicher Bruttoversorgungssatz:			3.000,00 €	3.000,00 €	<b>Bruttogesamtversorgung (BGV)</b>	
8							
9	<b>Ermittlung der Startgutschrift</b>						
10				Stkl. I	Stkl. III/0		
11	maßgebliche Gesamtversorgung =Min(NGV,BGV)			1.907,14 €	2.301,04 €		
12	abzüglich Rente nach Näherungsverfahren:			1.553,71 €	1.553,71 €		
13	Unterschiedsbetrag (Voll-Leistung nach § 18 Abs.2 Nr. 1 BetrAVG):			353,43 €	747,33 €		
14							
15	<b>Versorgungssatz:</b>	9,50 Jahre Pflichtversicherung x 2,25 %		21,38%	21,38%		
16	Anwartschaft nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 und 2 = <b>Voll-Leistung x Versorgungssatz</b>			75,56 €	159,78 €		
17							
18	nun wird verglichen:						
19	<b>Formelbetrag</b> § 18 Abs.2 Nr. 1 und 2 BetrAVG			75,56 €	159,78 €		
20	<b>Mindestrente</b> nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG			129,60 €	129,60 €		
21	<b>falls m &gt;= 20 Jahre: Mindeststartgutschrift</b> § 37 Abs. 3 VBLS n.F.			0,00 €	0,00 €		
22							
23	<b>Startgutschrift zum 31.12.2001:</b>						
24	<b>Startgutschrift = Maximum der Anteile aus lfd. Nr. 19, 20 und 21</b>			<b>129,60 €</b>	<b>159,78 €</b>		
25	<b>Startgutschrift zum 31.12.2001 in Versorgungspunkten (VP):</b>			<b>32,40</b>	<b>39,95</b>		

Tabelle: Startgutschrift (alt) des Klagefalls LG KA 6 O 145/13 mit geschätzten Angaben

Ermittlung der Startgutschrift mit Zuschlag					Teil 1
(gvE 4000 €)					Startgutschrift rentenfern mit Zuschlag
Fiktives Nettoarbeitsentgelt und Nettoversorgungssatz für bisherige Startgutschrift					
Lfd. Nr.		Stkl. I	Stkl. III/0	(gvE 4000 €)	
1	maßgebliches Vollzeit gv Bruttoarbeitsentgelt pro Monat:	4.000,00 €	4.000,00 €	Bruttoarbeitsentgelt (BAG)	
2	maßgebliches Vollzeit Nettoarbeitsentgelt pro Monat:	2.078,63 €	2.507,95 €	Nettoarbeitsentgelt (NAG)	
3	persönlicher Brutto-Versorgungssatz = GBQ x 75,00 % :	75,00%	75,00%		
4	persönlicher Netto-Versorgungssatz = GBQ x 91,75 % :	91,75%	91,75%		
	maßgebliche Gesamtversorgung				
5	=Min(NAG*GBQ*91,75%,BAG*GBQ*75,00%)	1.907,14 €	2.301,04 €	<b>maßgebliche Gesamtversorgung</b>	
6	gesetzliche Rente im Näherungsverfahren.	1.553,71 €	1.553,71 €		

Tabelle: Startgutschrift (mit Zuschlag) des Klagefalls LG KA 6 O 145/13; Teil 1 mit geschätzten Angaben

Ermittlung der Startgutschrift mit Zuschlag					Teil 2
(gvE 4000 €)					Startgutschrift rentenfern mit Zuschlag
Lfd. Nr.				(gvE 4000 €)	
7	<b>Geboren:</b>			30.06.1953	
8	<b>Beginn ZVK-Pflichtversicherung:</b>			01.07.1992	
9					
10	<b>Vergleich der Vmhundertsätze</b>				
11					
12	<b>1. Maßgebliche Zeiten (in Monaten)</b>				
13					
14	Erreichte Pflichtverszeit <b>m</b> zum 31.12.2001			114,00	
15					
16	Erreichbare Pflichtzeit <b>n</b> vom Beginn der Vers. bis Vollendung des 65. LJ			312,00	
17					
18					
19	<b>2. v.H.-Satz der alten Startgutschrift nach § 18 BetrAVG</b>				
20					
21					
22					
23	<b>y</b> (=m/12) PflJahre x 2,25 Prozent)			21,38%	
24					
25	<b>3. Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 BetrAVG</b>				
26					
27	erreichte Pflichtzeit <b>m</b> (Beginn der ZVK-Pflicht bis 31.12.2001				
28	<b>dividiert durch</b> erreichbare Pflichtvers.zeit <b>n</b>				
29	bis zum Rentenalter mit 65. LJ				
30					
31					
32	<b>( m / n ) =</b>			36,54%	
33	<b>(m/n -0,075) =</b>			29,04%	

Tabelle: Startgutschrift (mit Zuschlag) des Klagefalls LG KA 6 O 145/13; Teil 2 mit geschätzten Angaben

Ermittlung der Startgutschrift mit Zuschlag						Teil 3
(gvE 4000 €)						Startgutschrift rentenfern mit Zuschlag
Lfd. Nr.					(gvE 4000 €)	
34		<b>4. Maßgebender Vornhundertersatz</b>				
35		höherer Wert aus Ziffer 2 oder 3			29,04%	
36						
37						
38		<b>5. Berechnung der individuellen Voll-Leistung</b>				
39						
40		<b>5.1. Gesamtversorgungsfähige Zeit:</b>				
41						
42		<b>Gesamtversorgungsfähige Zeit in Jahren:</b>			37,00	
43		= Pflichtversicherungszeit bis 31.12.2001 plus				
44		Zeit vom 01.01.2002 bis Vollendung des 65. Lebensjahres				
45		plus Hälfte der Vordienstzeit ab 17. Lebensjahr				
46						
47		<b>5.2. Nettoversorgungssatz</b>				
48		GBQ			1,00	
49		[2,294 Prozent pro gesamtversorgungsfähiges Jahr]				
50		* GBQ, aber (max. 91,75 %)*GBQ			84,88%	

Tabelle: Startgutschrift (mit Zuschlag) des Klagefalls LG KA 6 O 145/13; Teil 3 mit geschätzten Angaben

Ermittlung der Startgutschrift mit Zuschlag						Teil 4
(gvE 4000 €)						Startgutschrift rentenfern mit Zuschlag
Lfd. Nr.				(gvE 4000 €)	(gvE 4000 €)	
51				StKL. I	StKL. III	
52						
53		<b>5.3. Nettogesamtversorgung</b>				
54		(Fiktives Vollzeitnettoarbeitsentgelt aus Lfd. Nr. 2)				
55				2.078,63 €	2.507,95 €	
56		<b>5.4. Voll-Leistung</b>				
57						
58		persönliche Nettogesamtversorgung			1.764,34 €	2.128,75 €
59		fikt. Vollzeitnetto aus lfd. Nr. 2 x Nettoversorgungssatz aus 5.2				
60		abzüglich Näherungsrente			1.553,71 €	1.553,71 €
61						
62		<b>Persönliche Voll-Leistung</b>			210,63 €	575,04 €
63						
64		<b>6. Neue Anwartschaft</b>			StKL. I	StKL. III
65						
66		neue Anwartschaft wird errechnet aus:				
67		[der persönlichen Voll-Leistung nach 5.4.)]				
68		x [neuer maßgebender v.H. Satz nach 4.)]				
69						
70		= Vergleichsstartgutschrift in € (neu)			61,17 €	166,99 €
71						
72		= bisherige Startgutschrift in € (alt)			129,60 €	159,78 €
73		<b>Zuschlag zur Startgutschrift (=positive Differenz NEU-ALT)</b>			0,00 €	7,21 €

Tabelle: Startgutschrift (mit Zuschlag) des Klagefalls LG KA 6 O 145/13; Teil 4 mit geschätzten Angaben